

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlstraße 16,
Fernsprecher S.-A. 62841

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsverzeichnisse
Schriftsätze ohne Freimarktschlag werden nicht zurückgeschickt

Die Hüttenarbeiter gegen den Lohnraub

Ihre Kundgebung gegen den Schiedspruch des christlichen Reichsarbeitsministers

Der große Lohnraub wurde vom Stahlwerk Vöcker begonnen. Von der Mansfeld IG für Bergbau und Hüttenbetrieb ist er fortgesetzt worden. Die Schwerindustrie des Ruhrgebietes will ihn jetzt verallgemeinern. Hierzu hat ein christlicher Reichsarbeitsminister seine Hand geboten: er hat den Schiedspruch von Deynhausen, der einen 7 1/2-prozentigen Lohnabzug ermöglicht, für verbindlich erklärt. Damit ist der Sinn des Schlichtungswezens in sein strackes Gegenteil gekehrt worden. Es soll in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges den wirtschaftlich Schwachen gegen die wirtschaftlich Starken schützen. Es hilft nun aber, wie der Schiedspruch bezeugt, den wirtschaftlich Starken, den wirtschaftlich Schwachen einen Teil ihres sauer verdienten Lohnes abnehmen. Damit ist das Reichsarbeitsministerium zu einer Filiale der Lohnquetscher geworden. Was das für das moralische Gewicht, ja für den Bestand der amtlichen Schlichtung bedeutet, läßt sich leicht vermuten.

Die Kundgebung

Die Vertreterkonferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war am Sonntagmorgen um 11 Uhr angesetzt. Eine Stunde vorher schon begannen die Vertreter im Saalbau von Essen einzutreffen. Der mächtige Raum war bald voll. Zwar waren sie diesmal alle im Sonntagsgewand. Aber das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, was Berufs sie sind. Die Gestalten, der Gang, die Bewegungen ließen unschwer erkennen, daß sie im Schatten der Hochöfen leben und atmen. Dieser Eindruck wurde vollendet durch Betrachtung der anderthalbhundert verwetterter, harter Gesichter, die einem vom Saale herauf entgegenstarrten.

Nicht nur jedes Eisenwerk des Ruhrgebietes, auch die benachbarten Bezirke Köln, Düsseldorf und Aachen, ja selbst das Siegerland hatten Vertretungen geschickt. Mit ihnen waren Abgeordnete der anderen freien Gewerkschaften und der Afa-Verbande erschienen. Dies kann als ein Beweis dafür gelten, daß sich keine einzige Berufsgruppe im Zweifel darüber befindet, daß es hier um die Sache aller Arbeiter und Angestellten geht. Der Bezirksleiter des DMV, Karl Wolf, eröffnete die Konferenz, indem er die Vertreter der befreundeten Gewerkschaften willkommen hieß.

Dann hielt der Vorsitzende des DMV, Georg Reichel, die Hauptrede der Konferenz. Er betonte gleich, daß man es hier mit einer großangelegten Bewegung der Schwerindustriellen auf das Lohnentommen und die sonstigen Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft zu tun habe. Die Bewegung ginge weit über den Rahmen von Nordwest hinaus. Diese Bewegung werde unter dem Vorwand geführt, die Wirtschaft anzukurbeln und den Wohlstand zu heben. In Wirklichkeit seien die Anführer der Bewegung nur auf ihre eigene Wohlfahrt bedacht. Derselbe Reichel, so fuhr der Redner fort, der im Kriege die halbe Welt annekieren wollte, der dann die Löhne auf Ertragshöhe herabdrückte, der den Achtstundentag raubte — dieser selbe Reichel will nun die Schuldenlast des Krieges auf die unteren Schichten verwälten. Das jetzige Kabinett, die Regierung des Besitzbürgerkloßes ist dazu bestimmt, den großen Plan der Schwerindustriellen durchzuführen. Die ersten Taten dieser Regierung brachten nichts als eine erhebliche Belastung des Arbeiterhaushalts durch Zölle und Steuern. Diese Verteuerung des Arbeiterhaushalts wurde just in einer Zeit vorgenommen, wo die Industrie durch Herabgehen der Rohstoffpreise eine runde Milliarde Mark ersparte. Diese gewaltige Ersparnis hätte wohl ausgereicht, die Wirtschaft zu beleben, wenn im gleichen Verhältnis die Preise gesenkt worden wären. Der Bürgerkloß will nun seine

Ausnahmsregelungspolitik durch allgemeinen Lohnabbau
haben. Der Lohnabbau wird mit dem Vorwand, die Wirtschaft anzukurbeln, schmachtlich zu machen versucht. Eine winnige Klause oder eine Klausei sondergleichen. Wir leben nicht mehr in der Zeit, wo durch Erschließung neuer Auslandsmärkte eine Wirtschaftskrise überwunden werden kann, weil die Kolonialländer jetzt selbst industriell erzeugen und zu Wettbewerbern der alten Industrieländer geworden sind. Durch Lohnsenkung wird nur die Kaufkraft noch mehr verringert und die soziale Unrast mächtig verschärft. Was die Reichsregierung unternimmt, ist nichts als kapitalistische Dividendenpolitik auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig!)

Wir erheben schärfsten Protest gegen die Beseitigung der Seberingsche Klausel des alten Vertrags für die Eisenindustrie. Diese Klausel schützte die Arbeiter einigermaßen vor Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Diese Sicherung ist seit einem Jahrzehnt in 80 vH der Lohnverträge der Metallindustrie eingespart worden. Diese wichtige Sicherung hat der jetzige Reichsarbeitsminister Stegerwald durch Verbindlichklärung des Schiedspruchs beseitigt. Das hat er getan 10 Jahre nach dem Kriege und 5 Jahre nach der Inflation, wo die deutsche Industrie 17 vH über den Friedensstand hinausgewachsen ist dank des Fleißes ihrer Arbeiterschaft. Für diese Steigerung gebührt den schaffenden Menschen Anerkennung.

Die Aufgabe eines Arbeitsministers, der den Namen verdient, müßte sein, in schwierigen Zeiten die sozialpolitischen Erzeugnisse zu erhalten, damit das Werden des Volkstaates keine Unterbrechung erleidet. Dieser christliche Arbeitsminister kann, wenn er uns noch lange belastet, zum Totengräber der staatlichen Schlichtung werden. (Allgemeine Zustimmung.) Der Schlichter Braun ist seines Herrn würdig.

suchsfeld der berückichtigten Herren im eignen Hause. Was sie versuchen, verüben, wird bald von den kleineren Stimmungen nachgemacht. Wenn ihnen der Anschlag auf die Lohnlücke, auf die Brotlade der Hüttenarbeiter gelänge, die gesamte deutsche Arbeiterschaft hätte den gleichen Anschlag zu gewärtigen. Dessen sind sich die freigewerkschaftlich organisierten Hüttenarbeiter sehr wohl bewußt. Sie wissen, daß sie einmal mehr den Vortrupp gegen die habgierigste aller Ausbeuterkippen zu bilden haben. Sie wissen, daß ihr Widerstand den Berufs- und Klassengenossen im ganzen Reich schwere Kämpfe um die Lohngrößen erspart.

Dieses Bewußtsein hat die Vertreter der freigewerkschaftlichen Hüttenarbeiter letzten Sonntag nach Essen zusammengebracht. Und dieses Bewußtsein hat sie unmißverständlich erklären lassen, daß sie bestimmt nicht geneigt sind, den Lohnraub wortlos hinzunehmen. Im Gegenteil, sie werden nichts ungetan lassen, um auch diesen Lohnraub, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt hat, abzuwehren. Das ist der Eindruck von der Kundgebung der Hüttenarbeiter in Essen.

War er doch der Meinung, daß man die Seberingsche Klausel nur so vorläufig auf etwa ein Jahr aufheben solle, dann solle sie auf Grund einer neuen Lage wieder eingeführt werden. (Stürmisches anhaltendes Gelächter.)

Nach der amtlichen Erhebung vom November 1928 beträgt der tarifliche Stundenlohn für über 21jährige Zeitarbeiter 86, ihr wirklicher Verdienst 107,3. Das ist gegen die Vorkriegszeit real für 1928 56 und 70,3 und 59 und 73,3 für das Jahr 1930. Der Akkordlohn beträgt 99 und der Verdienst der Akkordarbeiter 117,3, was real für 1930 83,3 ausmacht. Der große Durchschnitt für das Ruhrgebiet ist 105,3 die Stunde, was im Vergleich zur Vorkriegszeit einem Reallohn von 71,3 die Stunde gleichkommt. Über 62 vH der Metallarbeiter des Ruhrgebietes schaffen in Akkord, was die ungeheure Bedeutung des Schiedspruchs mit der Akkordkürzung offenbart.

Nach der Bergwerkszeitung betrug die Lohnsumme im Jahre 1929 530 Millionen Mark. 7 1/2 vH davon macht 39,5 Millionen Mark. Die Arbeiterzahl betrug 195 781. Mitteln entfällt von dem 7 1/2-prozentigen Abzug auf den einzelnen Arbeiter durchschnittlich 202 M im Jahr. Da nun aber nicht alle Mann in die Lohnsenkung einbezogen werden können, beträgt der Abzug für die andern dementsprechend mehr. Aber auch den Herren Direktoren und höheren Angestellten soll der Lohn um 7 1/2 vH gekürzt werden. Kein Mensch glaubt, daß das geschehen wird. Doch soll uns das nicht abhalten, uns nachdrücklich nach diesem Abzug zu erkundigen.

Hand in Hand mit der Lohnsenkung soll — eine Preisentwertung gehen, und zwar soll je Tonne um 3 bis 4 M verbilligt werden. Netze Geste nach außen! Diese Senkung hätte längst ohne Lohnkürzung vorgenommen werden können und wäre nächstens ganz von selbst gekommen, auch wenn der christliche Arbeitsminister nicht den Schwerindustriellen Ausbeutern auf den Bein getreten wäre.

Die Rohstoffe und die Frachten haben sich für die Eisenindustrie erheblich verbilligt und eine Herabsetzung der Eisenpreise wäre aus diesem Grunde schon unerlässlich gewesen. Statt dessen haben die Schwerindustriellen durch ihre Kartelle die Preise hochgehalten, ja sogar gesteigert und dadurch die deutsche Wirtschaft unerhört geschädigt. Die ganze

Preisentwertung ist eine Täuschung der öffentlichen Meinung.

die auf die Preisentwertung hingelenkt werden soll, damit der Lohnraub leichter verübt werden kann. Wäre es der Schwerindustrie ernst mit der Preisentwertung, sie könnte sie auf Grund der gewaltigen Ersparnisse, die die Verbilligung der Rohstoffe und Frachten bringen, durchführen. Und wenn es der Reichsregierung mit der Preisentwertung ernst wäre, dann dürfte sie nicht die Preise durch Zölle und Geldhilfen an die Landwirtschaft erhöhen und außerdem den Lohn kürzen, sobald das Einkommen der Arbeiterfamilie von zwei Seiten gedrosselt wird.

Mit dem nachdrücklichen Widerstand gegen den Lohnraub muß auf manche andere Änderung gedrungen werden. So müssen vor allem die Kartellpreise herab und die Spanne zwischen Erzeuger- und Händlerpreisen verringert werden. Der Wirtschaftsminister muß gesetzlich ermächtigt sein, die für die Gesamtwirtschaft bedeutsamen Erzeuger- und Händlerpreise zu kontrollieren und bekanntzugeben, damit der Verbraucher sieht, wie arg er von den Händlern und ihresgleichen geschädigt wird. Weiter müssen die Bahnen elektrifiziert werden, um Beschäftigung zu schaffen. Wenn das Geld hierzu fehlen oder gar flüchten sollte, muß eben vor einer Verstaatlichung der Banken nicht zurückgeschreckt werden. Denn die Banken sind allgemach die Beherrscher der Wirtschaft geworden.

Und nun, ihr Vertreter der Hüttenarbeiter: Seht euch auf das Entschiedenste zur Wehr gegen den Lohnabbau. Wir erwarten von euch, daß ihr im Betrieb treu zusammensteht, um diesen Raub der Schwerindustriellen und ihres Arbeitsministers abzuwehren. Und wir erwarten, daß sich die christlichen Kollegen, geschunden wie ihr, ihren freigewerkschaftlichen Genossen anschließen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband vertritt wie immer, so auch diesmal die Sache der christlichen Kollegen ebenso wie die Sache der andern Arbeiter. Das Los der christlichen Kollegen wäre diesmal besonders trübsal, wenn ihnen nicht der große Bruder, der DMV zur Seite stünde.

Euch, Kollegen, stehen schwere Aufgaben bevor. Laßt euch dabei leiten von den Richtlinien eurer gewerkschaftlichen Stellen. Handelt gemeinsam mit der gesamten Belegschaft. In dieser Gemeinschaftlichkeit liegt die Bürgschaft für das Gelingen der

Abwehr dieses Lohnraubs. Handelt gemeinsam, damit endlich eine bessere Zeit kommt! (Stürmischer Beifall.)

Der Konferenzleiter Karl Wolf hebt noch einmal den Zweck der Konferenz hervor: Die Schwerindustriellen behaupten, die Lohnsenkung sei um der Wirtschaft willen notwendig. Wir antworten, daß das stracke Gegenteil notwendig ist. Die Unternehmer haben zu allen Zeiten und bei jeder Gelegenheit erklärt, daß die Wirtschaft die Löhne nicht tragen könne. Als sie vor zwei Jahren mit derselben Klause kamen und wir ihnen den einträglichen Gang der Industrie nachwiesen, erwiderten sie, ja das sei keine wirkliche Konjunktur, sondern nur eine Mengenkonzunktur! Um Ausreden sind unsere Industriellen nie verlegen gewesen. Es kann der Schwerindustrie nicht schlecht gehen, denn sie hat die letzte Zeit fleißig Werte aufgetauft und überbezahlt und — stillgelegt.

Sier in Nordwest werden 82 vH des deutschen Eisens erzeugt. Was hier besteht oder geschieht, ist maßgebend für das übrige Reich. Die Schwerindustrie kann sich erlauben, die Preise zu diktieren und die sozialpolitischen Errungenschaften zu verschlechtern, weil sie äußerst gut organisiert ist. Jeder ist es auf der Arbeiterseite nicht so. Obendrein kommen den gut organisierten Industriellen noch Schlichter und Arbeitsminister zu Hilfe. Beide haben den Wunsch der Schwerindustriellen dienstfertig erfüllt. Die Akkordkürzung der Hüttenarbeiter haben ein christlicher Schlichter und ein gleich christlicher Arbeitsminister beseitigt. Millionen Mark sollen den Eisenarbeitern Jahr für Jahr aus der Tasche geholt werden. Unmöglich zu sagen, daß sich die Arbeiter das nicht gefallen lassen werden. Die Arbeiter der Hüttenwerke sind gekündigt worden. Das sei nur eine formale Maßnahme. Wir kennen das: unter dem Druck der Kündigung sollen die Verhandlungen über die neuen Akkordlöhne geführt werden.

Wenn und wo immer Akkordverschlechterung gefordert wird, weist sie nachdrücklich zurück. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird zu euch stehen wie immer. Haltet Disziplin! Folgt nicht falschen Prophezeien. Wehrt euch gegen den Anschlag auf euren Lohn! Tut das für euch und eure Familie! (Allgemeiner Beifall.)

Sodann wird über die Entschließung abgestimmt. Sie wird mit allen gegen etwa 6 Stimmen angenommen. Mit einem Hoch auf den DMV hat die Konferenz ihr Ende erreicht.

Entschließung

Die Konferenz protestiert entschieden gegen die Verbindlichklärung des sozial und wirtschaftlich gleich verwerflichen Schiedspruchs in Deynhausen.

1. In rechtlicher Beziehung verurteilt die Konferenz die Aufassung des Schiedspruchs im Namen des DMV statt des Bezirkes Essen als bisherigem Tarifträger. Der DMV als Zentralgewerkschaft hat weder an den Parteibeschreibungen noch an den Verhandlungen der Schlichterkammer teilgenommen. Dem verbindlich erklärten Schiedspruch fehlen daher schon in rechtlicher Beziehung die erforderlichen Voraussetzungen.

2. Der Schiedspruch beseitigt die im Einklang mit der Entwicklung der Tarifverträge in der Metallindustrie vom Sonderbeschlichter Sebering eingefügte Sicherungsklausel für die Akkordarbeit, die sich in fast gleichem Wortlaut in etwa 80 vH der Tarifverträge der Metallindustrie befindet, ohne daß sie von den Metallindustriellen

Aus dem Inhalt

	Seite
Die Hüttenarbeiter gegen den Lohnraub	209
Die Verhandlungen der Spitzenverbände beendet — Fünftage-woche in den Vereinigten Staaten	210
Antwort auf die Preisfragen — Das „Skandalwerk“ Becker — Herunter mit den Preisen!	211
Christlich-nationales Kochbuch — O, die Krankenkasse — Sodam und Gomorra	212
Verschlechterungen der Krankenversicherung — Für und gegen die Arbeitslosenversicherung	213
Gelegentliche Arbeitsvermittlung nötig — Der Verbandstag der Textilarbeiter — Das Arbeitsschicksal der weiblichen Angestellten	214
Streiks und Aussparungen im DMV — Die Weltarbeitslosigkeit — Ruhrbergbau und Bergarbeiterlöhne — Der Fluch der bösen Tat	215
Zwei gegen Zwei (Klassenratbeim-Oberversicherungsamt)	216

Antwort auf die Preisfragen

In dem Aufsatz über „Preisfragen“ (Nr. 23 der MZ) wurde ausführlich nachgewiesen, daß die im Großhandel eingetretene Verbilligung der Waren sich auf die Lebenshaltungskosten — die einzige zusammenfassende Statistik der Kleinhandelspreise, die wir besitzen — nicht übertragen hat, oder doch bei weitem nicht in demselben Maße. Will man nun der Frage auf den Grund gehen, woher das kommt, wo die Kräfte liegen, die die Verbilligung der Waren im Kleinhandel verhindern, so gerät man alsbald in ein ganzes Meer von Unklarheiten und Schwierigkeiten. Wir wollen es nur gleich von vornherein sagen: die Schwierigkeiten sind so groß, daß wir vorläufig zu einer befriedigenden Antwort auf jene Frage überhaupt nicht kommen, weil die amtliche Statistik noch lange nicht genügend Material darüber gesammelt hat. Und ein anderer als die amtliche Statistik mit ihrem umfassenden Apparat kann das nicht tun.

Schon bei dem Begriff des „Großhandelspreises“ fängt die Unklarheit an. Was ist der Großhandelspreis? Ist es der Preis, den der Großhandel an den Fabrikanten zahlt, oder ist es der Preis, den der Großhandel vom Kleinhandel bekommt? Beim Kleinhandelspreis weiß ich genau: es ist die Summe, die der Käufer im Laden zahlt, also die der Kleinhandeler bekommt. Man sollte denken, beim Großhandel müßte es ebenso sein, und die in der Statistik bezeichneten Großhandelspreise müßten also diejenigen sein, die der Kleinhandeler an den Großhändler zahlt. Aber leider ist das ganz verschieden. Bald gelten als Großhandelspreise die Preise ab Fabrik, die der Großhändler zahlt; bald wiederum die Preise, die er vom Kleinhandeler bekommt; und in vielen Fällen ist überhaupt nicht angegeben, welcher Preis gemeint ist. Und doch ist das für unsere Frage von entscheidender Wichtigkeit. Denn wenn der Preis für den Fabrikanten und den Großhändler die Höhe der Sozialhaltung der letzten Verkaufspreise sowohl vom Großhandel wie vom Kleinhandel auszugehen. Sind aber die Verkaufspreise des Großhandels heruntergegangen, so ist die Ursache der Senkung der Lebenshaltung nur im Kleinhandel zu suchen.

Darüber also ist es vorläufig nicht möglich, Klarheit zu schaffen. Und das ist noch nicht einmal alles. Wir können uns ohne weiteres folgende Quellen der Senkung vorstellen: Zölle, Verbrauchssteuern, Kartelle, hohe Zwischenhandelsgewinne. Es gibt auch Fälle genug, in denen die eine oder andere dieser Quellen als unmittelbare Ursache der Senkung nachweisbar ist. Aber Zölle und Verbrauchssteuern ist in dieser Hinsicht so viel geschrieben worden, daß kaum ein Wort hinzuzufügen bleibt. Und darunter sind natürlich solche, die unmittelbar den Kleinhandelspreis in die Höhe treiben, wie zum Beispiel die Umsatzsteuer. Ebenso steht fest, daß aus Anlaß der Vorkriege die Kleinhandeler viel mehr aufgeschlagen haben als die Großhändler. Was die Kartelle anbetrifft, so haben wir kürzlich erst die Preisstreitereien des Kupferkartells, und das Institut für Konjunkturforschung hat seit einiger Zeit umfassendere Beobachtungen darüber angestellt, die ergaben, daß im Laufe des letzten Jahres (Januar 1929 bis Januar 1930) die „freien“ Preise um rund 11 v. H. gesunken, dagegen die von Kartellen „geregelten“ Preise um etwa 1/2 v. H. gestiegen sind. Endlich für die Zwischenhandelsgewinne wissen wir zum Beispiel, daß Weizen und Roggen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres erheblich billiger wurden, daß aber der Preis für Roggenbrot unverändert blieb, der für Weizengebäck sogar noch ein wenig stieg. Hier muß also beim Müller, Bäcker und Händler ein höherer Gewinn hängen geblieben sein. Von 50 für ein Brot bezahlten Pfennigen bekam vor dem Krieg heute

der Landwirt	25	19 1/2
• Bäcker	19 1/2	22 1/2
• Händler	5 1/2	7

Bei der kolossalen Verfeinerung des Brotes — vor dem Kriege gab es für 50 S. 1708 Gramm, heute nur 1261 Gramm —

ist das für den Landwirt immer noch eine beträchtliche Vermehrung seiner Einnahme; für 1708 Gramm bekommt er jetzt 33 1/2 statt damals 25 S. Aber noch viel mehr ist doch die Einnahme des Bäckers und des Händlers gestiegen.

Für eine Reihe von Einzelfällen also ist uns die unmittelbare Ursache der Senkung gut bekannt. Nur leider wird dadurch gerade die Frage nicht beantwortet, auf die es uns ankommt. Diese Frage lautet:

1. Warum folgen die Industriefabrikate schon im Großhandel nicht der Preisbildung der Rohstoffe?
2. Warum folgt der Lebensunterhalt (im Kleinhandel) überhaupt nicht der Senkung der Großhandelspreise?

Nun aber wirken fast alle genannten Ursachen nur auf die Großhandelspreise. Nehmen wir die Kartelle. Es steht zweifellos fest, daß sie die Preise hochhalten und daß ihnen dies gerade in Zeiten rückgängiger Wirtschaft besonders gut gelingt. Gegenwärtig „haben sie sogar eine den Markterfordernissen auch nur teilweise entsprechende Ermäßigung der Preise verhindert“ (Wirtschaftskunde der Frankfurter Zeitung, Heft I 1930, S. 23). In den letzten 8 Monaten, in denen der Gesamtindex so stark sank, hat das S. f. S. folgendes beobachtet:

	Preisindex (1928 = 100)	
	freie Preise	geregelte Preise
September 1929	96,6	105,3
Dezember 1929	92,2	105,3
März 1930	84,9	105
April 1930	85,2	105,1

Auf dem freien Markt eine Preisbildung um fast 12 v. H. in nur 8 Monaten, aber die Kartelle halten ihre Preise auf einer Höhe, die von vornherein um fast 8 v. H. im April um 19 v. H. über den freien Preis stand. Die Wirkung der Kartelle ist offensichtlich und unleugbar. Nur leider, die Kartelle betätigen sich vornehmlich in den Roh- und Halbfabrikaten, für die auch die obige Zahlenreihe gilt. Je mehr sich ein Produkt der fertigen Gebrauchsform nähert, desto weniger eignet es sich zur Kartellierung und desto weniger ist es kartelliert. Wenn also die Rohstoffpreise sinken, so geschieht es trotz der Kartelle, und diese vermögen nicht zu erklären, warum die Fertigfabrikate teurer bleiben. Noch weniger sagen sie über die Lebensmittel, denn so wie der amtliche Lebenshaltungsindex zusammengestellt ist, kommen Waren mit „geregelter“ Preisen dafür nur wenig in Frage.

Es leuchtet ein, daß auch Zölle, Steuern usw. zunächst den Großhandelspreis in die Höhe treiben. Auch sie sagen uns also nicht, warum der Kleinhandelspreis hoch bleibt, wenn der Großhandelspreis sinkt. Nur der Zwischenhandelsgewinn käme dafür in Frage. Aber den aber wissen wir, außer in einzelnen Fällen, viel zu wenig, weil eben, wie gesagt, kein genügendes statistisches Material darüber gesammelt ist. Auf keinen Fall aber kann es zutreffen, daß etwa der Zwischenhandel — der große wie der kleine — allein sich heraushebt, und gar noch auf Kosten der Industrie. Die größten Profite werden heute von den großen Industriebetrieben eingehemt. Siegt also diese Frage noch viel zu sehr im Dunkel, so wissen wir doch eins genau: daß die Verkaufspreise im Großhandel sich nicht nach den Arbeitslöhnen richten. Davaus folgt wie grundtatsächlich jene Politik ist, die jetzt im West- und Nordwest und anderswo von den Unternehmern und in ganz Deutschland von der Regierung eingeschlagen wird, Senkung der Eisenpreise wie überhaupt die Senkung der Großhandelspreise — wenn sie überhaupt zur Wahrheit wird — bietet durchwegs keine Gewähr, daß die Lebensmittelpreise folgen werden, daß also auch kein Grund sein, die Löhne zu kürzen.

G. H. K. S.

Gehaltsabbau stillgelegt worden wäre. Man benutzte nur geschäftlich einen günstigen Augenblick der großen Quotenjagd des letzten Jahres im Westen, um bei den Gewerkschaften das Gelände dahin zu sondieren, ob sie zu Zugeständnissen bereit wären.

Die Unternehmer wissen zwar von diesem Augenblick an, daß die freien Gewerkschaften das Lohnniveau und den Tarifvertrag weiter verteidigen werden wie bisher, trotzdem wurde der vorm erzwingende Erfolg wohl lekte „Ball Beder“ große Mode. 16 v. H. Lohnabbau ist die Norm, unter der es heute kein anständiges Unternehmen in Deutschland mehr tut. Mansfelder Kupfer war der nächste Fall, der auch an den Gewerkschaften scheiterte. Daß aber Beder und Mansfelder mehr waren als Einzelbesuche, das beweist mit aller Deutlichkeit das neue „Sunfin (Verknüpfung) zwischen Lohn und Preis“, das die kapitalistischen Gewalthaber in Rheinland-Westfalen durchsetzen möchten, indem sie den längst fälligen Abbau der monopolistischen Eisenpreise von der Hinnahme wesentlich verschlechterter Gehalts- und Lohnbedingungen abhängig machen möchten.

Der Westen ist heute das ausgeprägte Hochdruckgebiet Deutschlands für den Lohnabbau, wie im Herbst 1928 bei der sozialen Spannung dort zum Siebepunkt. Wenn es nach ihren Wünschen ginge, würde nicht nur das Lohnniveau in ganz Deutschland gesenkt, zugleich auch möchten sie am liebsten variable Tarifverträge für „minderleistungsfähige Betriebe“. Wo aber wäre in Deutschland dann noch ein einziger „Wirtschaftsführer“, der seine Unfähigkeit nicht gerne durch seinen „minderleistungsfähigen“ Betrieb unter Beweis stellen würde?

Für solche Zeiten wie die heutigen gilt demgegenüber ein schon oft gebrauchtes Wort: Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, die sozialen Zustände würden sie dringend notwendig machen! An den Gewerkschaften, mit den freien Angeestellten- und Arbeiterverbänden an der Spitze, wird der Großangriff gegen Lohnniveau und Tarif genau so scheitern, wie der „Werkschallion Beder“ gescheitert ist! **Gerhard Preyßler**

Herunter mit den Preisen!

Nach der Untersuchung des Enqueteausschusses ist der Verkauf von Markenartikeln gegen die Vorkriegszeit bis zu 200 v. H. gestiegen. Der Umsatz der Markenartikel beträgt etwa ein Fünftel des gesamten Warenverkaufs. Die Handelsaufschläge sind sehr unterschiedlich und betragen etwa 25 bis teilweise 100 v. H. Die Preisspanne zwischen Großhandels- und Verbraucherpreis beträgt beispielsweise bei:

Perfekt	etwa 49 v. H.
Rothreiners Malzstee	etwa 40 v. H.
Sunlight-Seife	etwa 37 v. H.
Lug Seifenfloden	etwa 36,7 v. H.

Unter den Verkaufsbedingungen der Markenartikel-Fabrikanten nehmen die pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnisse einen besonderen Raum ein. Der Preisdruck, den diese Fabrikanten von ihren Abnehmern erzwingen, wird verständlich, wenn man weiß, daß der Rohart, den der Zwischenhändler erhält, im Durchschnitt etwa 47 v. H. des Einzelhandelsverkaufspreises beträgt, das heißt der Händler beansprucht für einen Markenartikel, der für 1 M. verkauft wird, 48 v. H. für sich. Der Verkauf kostet also fast soviel wie die Erzeugung.

Die Rabatte sind im einzelnen noch viel höher. Die Firma Dr. Sieder & Co. in Köln zum Beispiel berichtet an Behörden, Großfirmen usw. Preislisten mit Sonderangeboten, nach denen bei Bestellung von Sammelaufträgen Einkaufspreise gemindert werden, denen gegenüber die Ladenpreise um wenigstens 50 v. H. höher liegen. Die Sammelaufträge wird die Firma ebenfalls nicht bezweifellos in Auftrag nehmen. Wenn auch beispielsweise die IG Farbenindustrie die Preise für einige ihrer Markenartikel ermäßigt hat, zum Beispiel für Orizone-Mundwasser, so zeigt dies nur, daß Preisherabsetzungen durchaus möglich sind. Die Verbrauchspannen für diese Artikel zum Beispiel bei Braunton, Walm, Primal betragen 75 bis über 100, bei Bromural-Tabletten 78,9 v. H.

Die Gummimarkten sind für einen fühlbaren Preisabbau ebenfalls reich. In der Sachzeitsung der Gummifabrikanten wird seit Monaten ein heftiger Kampf gegen die Händlergruppen geführt, die unter den sonst üblichen Sähen verkaufen. In der Gummi-Zeitung (2. Mai) heißt es:

„So erleben wir es in diesem Jahre wieder, daß auch von unseren technischen Großhandlungen zum Wiederverkauf an diese Preise Preise angegeben werden, die nicht anders als Standard zu bezeichnen sind... Wir haben Offerten vorgelegen, in denen bekannte technische Händler dunkle Schlüche mit 60 v. H. rote mit 65 v. H. anbieten.“

Ein besonderes Beispiel der Preisorientierung durch Markenpreise gibt der Binkelnmarkt. Der Binkelnpreis ist im Laufe eines Jahres (am 15. September 1929 und 1. Februar 1930 um je 5 bis 10 v. H.) im Durchschnitt um 15 bis 22 v. H. vertieft worden. Die Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser schätzt bei einem Jahresumsatz von 100 bis 200 Millionen Mark für 1929 die zuzuführende Belastung der Konsumenten durch diese Vertiefung auf 20 bis 22 Millionen und sagt weiter, daß die zeitweise Vertiefung der Rohstoffe und die Erhöhung der Frachten durch die durch die Rationalisierung erzielten Ersparnisse bei der Fabrikation mehr als wettgemacht worden seien. Wie in der Binkelnindustrie, dürfte es auch in anderen kartellierten Industriezweigen sein.

Wir erinnern uns, daß vor einiger Zeit eine kleine Maschinenfabrik, die sich im Gegensatz zu ihren Wettbewerbern zu Preisermäßigungen entschlossen und ihre Produktion infolgedessen im Laufe von noch nicht ganz einem Jahr „um mehr als 100 v. H.“ gesteigert hatte, auf ihren Preislisten einen Vermerk anbringen ließ, der gerade gegenwärtig weitest nachgehört verdient. Er lautet:

„Sollten sich die Preise für Materialien und Löhne günstiger gestalten, so verpflichten wir uns, bei Auslieferung der Aufträge einen entsprechenden Preisnachlass einzutreten zu lassen.“

Eine solche Verpflichtung steht in der deutschen Industrie einzig da. Es ist der Weg, der zur Beweglichkeit der Preise und zur wirtschaftlichen Belebung der Wirtschaft führt.

Eisenpreissenkung als Ablenkungsmittel

Die Beschlässe der Eisenindustrie, die Preise zu senken, werden in großer Aufmachung als Zeichen der Opferbereitschaft der Wirtschaft hingestellt, demgegenüber das Festhalten der Gewerkschaften an den gegenwärtigen Löhnen als mangelnde Einsicht bezeichnet wird. Inzwischen haben allerdings auch eine Reihe bürgerlicher Zeitungen sich veranlaßt gesehen, Wasser in den etwas trüben Wein der Eisenindustrie zu gießen. Wenn man nämlich nur einen etwas längeren Zeitraum ins Auge faßt, ergibt sich, daß auch die neu vorgeschlagenen Preise noch immer die Preisobergrenze der Eisenindustrie erfolgreich durchzuführen. Seit Januar 1928 wurden die Preise für Rohblöde je Tonne um volle 13 M. erhöht, so daß auch eine Senkung um 3,50 M. je Tonne eine Erhöhung gegenüber 1928 um 9,50 M. bedeutet. Wie hoch auch dieser neue Preis noch ist, zeigt die Tatsache, daß er um 18,50 M. über Weltmarktpreis liegt, der 88 M. gegen 101,50 M. deutscher Inlandspreis ab 1. Juni 1930 beträgt. Dieser Weltmarktpreis ist aber um 12 M. höher als Ende 1927.

Ganz ähnlich liegt es bei den anderen Produkten. So liegt der Stabeisenpreis auch nach der Senkung noch um volle 10 M. über dem Preis vom Januar 1928 und sogar 30 M. über dem Weltmarktpreis. Bei Danneben, Mieden, Waldrath muß der deutsche Konsument je Tonne 29 bis 42 M. mehr bezahlen als der Käufer auf dem internationalen Eisenmarkt, obwohl diese Weltmarktpreise sich durchgängig erhöhen. Wer hierzu noch in Betracht zieht, daß durch den Zollrück den deutschen Eisenerzeugern bei den Rohblöden 10 M. beim Stabeisen 25 M. und den übrigen Sorten 25 bis 45 M. geschenkt werden, der bekommt vom Opferman und vom Gemeingeist der deutschen Eisenindustrie, die immer beim Lohnruck an der Spitze der Schatzkammer stand, den richtigen Eindruck.

Das „Skandalwerk“ Becker

Überliefert wird im „Freien Angestellten“ vom 16. Juni: Dieses Stahlwerk Becker, 1906 von Reinhold Becker gegründet, hat zuerst zu Werra (und Gegend) als Außenleiter und Konjunktur der großen Stahlproduzenten, denen es im Handwerk sprichwörtlich und den Absatzmarkt verlor. Aber den Wohlstand der Großindustrie und der Großbanken kam es hingegen mit sich wasser Kraden, es rumpelte sich durch alle kapitalistischen Großmächte hindurch, bis bei fastberstehendem Krieg es gesund machte. Die weitere Entwicklungsgeschichte ist eine Kette von Skandalen: ein tiefes Notgelogge grenzte aus Kriminelle, eingefrorene Sparfahrende brachte neue Sensationen, die die Sparer keineswegs erfreuten, aus dem Stahlwerk war inzwischen ein „Kongress Becker“ geworden, der Gestalt und Farbe wechselte wie ein Chamäleon. Mit Rohstoffeldern und Bergwerken wurde geschäftet und geschoben — bis es dem „Kongress“ so ging wie vielen anderen: 1924 brach das Kartell zusammen, Becker kam unter Geschäftsaufsicht — und da nicht nur die „anständigen kaufmännischen Gesellschafter“, sondern auch die Gesetze des Staates in erheblichem Maße gestützt wurden waren, mußte sich der Strafrichter mit dem nunmehrigen „Fall Becker“ beschäftigen. Kein Wunder, daß er sich nicht zurückziehen konnte in dem Netz von Transaktionen, Betrug und Intrige, das die Urheber selbst nicht zu entwirren vermochten. Das Urteil über sie war vernichtend genug: „Großmannsucht, Jugend, Dummheit und Skrupellosigkeit haben zum Zusammengefallen, um das an sich lebensfähige Werk an den Ruin zu bringen.“

Nebenbei war und blieb, daß Hunderte von Arbeitern und Angestellten Spielball kapitalistischer Gemissten-Logik waren, die ihren „Großherren“ wechsell, so oft Teile des Kongress Becker als Aktienpakete von Hand zu Hand verschoben wurden. Aber der Kapitalismus hat noch nie nach Menschenwürden gefragt! Die Menschen blieben auch nebensächlich, als sich jeder aus dem zusammengebrochenen Kongress herausangelte, was er gerade gebrauchen konnte — und als schließlich die eigentliche Stahlwerk Becker überblieb, weil es keiner haben wollte und keiner gebrauchen konnte — da blieb eben ein Handelsobjekt „freibleibend“ am Markt. Die Arbeiter und Angestellten aber sind seit 1924 bis zum Frühjahr 1930 nicht weniger als vier- oder fünfmal durch Stilllegungs- und Entlassungsmaßnahmen betroffen worden, dauernd stand hinter dieser Menschen das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Ist es dann ein Wunder, daß diese Belegschaft keine Herantuppe mehr ist? ... Die Belegschaft war überwiegen gek, von den Arbeitern waren noch keine 50 v. H. organisiert und von den 37 kaufmännischen Angestellten waren ganze zwei Parteimitglieder beim DGB (Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband). Alles andere schickte zu den Nichtorganisierten, jenen Karnevalisten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung, die bei Tarifverhandlungen ihren Teil gerne mit einbringen, die ansonsten mit dem Unternehmern paktieren und zu allen Schandthaten gerne bereit sind. Es war notwendig, diese unruhliche Geschichte des Stahlwerks Becker zu schildern, um verständlich zu machen, warum ausgegrenzt das Stahlwerk Becker seinen berühmten Skandalen zu guter Letzt

noch einen mehr als anrüchigen Skandal hinzufügen konnte. Man wird von Becker zwar noch hin und wieder einmal hören, nachdem aber die Vereinigten Stahlwerke die Aktienmajorität erworben haben, wird Becker aufgegeben und von der Wildschilde beschlachtet. Es hat sich — wahrscheinlich — einen wandernden Weggang verschafft: Es erbeut als Versuchskanonen der Säuerindustrie im Dienste an der beabsichtigten großen Offensive gegen das Lohnniveau, bei der man über die Belegschaften versetzen wollte, die Gewerkschaften auszuwählen.

Als im Frühjahr 1930 wieder einmal stillgelegt werden sollte, war es immerhalb der Belegschaft, die Becker nun einmal hatte, nicht schwer, ein paar Beutchen zu finden, die sich bereit dazu fanden, Lohn- und Gehaltsabbau um 16 v. H. hinzunehmen, um angeblich das Stahlwerk vor der Stilllegung zu bewahren. Sie bekamen 30 S. E. L. ränge der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, weil sie „berühmte“ geworden seien, weil diese armen, irreführenden, bedauernden „Opfer eines Systems, das wir nicht müde geworden sind, rücksichtslos zu bekämpfen“ (laut Bergwerks-Zeitung) den Beweis erbrachten, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik sich totgelassen habe! Als fette Schlagzeile war am nächsten Tage in den übrigen Blättern der Unternehmern zu lesen, daß die Industriearbeiter Lohnherabsetzungen angeboten hätten — „aber was sagen die Gewerkschaften dazu?“

Wit dieser Frage war das abgetarke Spiel offensichtlich, auch die Belegschaft Becker merkte jetzt, wozu sie mißbraucht worden war, aber die Löhne wollten. Die Angriffe der Unternehmerpreise gegen die Gewerkschaften wurden täglich niederträchtiger, und als es genug war der Aktion, als man sich gegen die Gewerkschaften ausgetobt hatte nach Strich und Faden und der „Werkschallion Becker“ hoch genug gestiegen war, da begann sich auch die Werksleitung darauf, daß sie durch einen mit nicht organisierten Arbeitern und Angestellten abgeschlossenen Vertrag sich nicht um die Unabdingbarkeit des bestehenden Tarifvertrages würde herumdrücken können. Der DGB, der ja so gerne im trüben fahrt, hatte sich inzwischen (bei zwei Mitgliedern in der Belegschaft) bereit dazu gefunden, mit der Direktion von Becker über den Gehaltsabbau zu verhandeln, die christlichen Metallarbeiter waren mehr als unentschlossen, was tun Beide bekamen denn auch von der Bergwerks-Zeitung ein Lob, das sie in ihrem nächsten Jahresbericht fest ausdrücken sollten, damit die Arbeiter wissen, was von ihnen zu halten ist, wenn eine der wichtigsten Erzeugnisse der Reichs-Produktion, der Tarifvertrag auf dem Spiele steht! Die Bergwerks-Zeitung schrieb: „Die Haltung des Deutschenationalen Handlungsgehilfenverbandes und der christlichen Gewerkschaften verdient alle Anerkennung.“ Herzlichen Glückwunsch dazu den gewerkschaftlichen Hintertreppentänzler!

Es war selbstverständlich, daß die freien und mit ihnen die kirchlich-Danneben Angestellten- und Arbeitergewerkschaften das Unternehmen der Direktion Becker ablehnten. Da der „Werkschallion Becker“ ausreichend erfolgreich gestartet worden war, wurde die Aktion, die — wie die freien Gewerkschaften richtig erkannt hatten — gar nicht ernst gemeint war, stillschweigend abgeblasen. Das Stahlwerk wird nämlich stillgelegt, weil es auch nach etwaigen Lohn- und



Familie und Heim



Die deutsche Bibel

Von Konrad Ferdinand Meyer

Ein frommer Tag, da ich, gestreckt ins Gras,
Die „Schrift verdeutsch durch Martin Luther“ las.
Gern hör' ich deiner Sprache, Luther, zu,
Wer braucht das Wort gewaltiger als du?

Auf einer grün umwachsenen Burg versteckt,
Hast du die Bibel und das Deutsch entdeckt.
Ich las, und alle Mär' aus Morgenland
In Fleisch und Blut verwandelt vor mir stand.

Den Heiland hör' ich, der mich traulich lehrt,
Aus einem Fischerboot mir zugekehrt,
Und plaudert hier am Bronn im Schattenraum
Mit einem Weiblein er, mich wundern's kann.

Vielleicht dortüber wandelt am Gestad'
Durchs hohe Korn er auf verstecktem Pfad...
Der Rittersmann, der Knecht im Bauerkleid
Vernimmt von ihm den Weg zur Seligkeit.

Auch seine Henker tragen deutsche Cracht,
Zu Köln wird er im Dornenkranz verlacht
Und spottend geht an seinem Kreuz vorbei
Ein Chorherr aus der Mainzer Klerisei...

Leer steht das Holz. Ein Zettel flattert dran
Mit got'scher Schrift. Es hebt die Predigt an.
Die Feuerzungen wehn. Fest Pfingsten flammt.
Martinus tritt in das Apostelamt.

Der Sturm erbraut, und jede Sprache tönt —
Wie tier das Erz der deutschen Zunge dröhnt.

Hus „Hottens letzte Tage“.

Christlich-nationales Kochbuch

Mit ist die Suppe angebrannt. Selbstverständlich weiß ich sofort, wie ich es hätte anstellen sollen, um das zu verhindern. Immerhin ist eine Suppe aber doch noch zu ersehen; der Hausvater wird tragen. Schlimmer steht die Sache schon im großen Haushalt des Reiches. Da riecht es ganz gehörig brenzlich. Die Verluste, die uns da die Regierung, die des Zeitungsmannes Dr. Brünning bereitet, werden nicht so rasch vom Boden des Lappes abgetragt sein. Herr Brünning bringt nach Schwartzenbach-Kochbuch drauflos, und der Arbeiterhaushalt soll für die Ausgaben aufkommen. In Gestalt von Zöllen und Steuern wird die Wirtschaftskasse der Arbeiter belastet, und die Konsumgenossenschaften haben noch extra eins aufgebracht. Die Einfuhr von Gefrierfleisch wird stillgelegt und somit nicht nur wieder ein großer Teil von Arbeitern brotlos gemacht, sondern auch eine Menge von Haushaltungen müssen Fleischlos leben. Schon vom 1. Juli an sollte die Gefrierfleischversorgung gesperrt werden, ungeachtet der fürchterlichen Wirtschaftskrise, unter der die Arbeiterhaft zu leiden hat. Die Not rührt aber den Ernährungsminister nicht. Er hat jedoch auf Drängen des Handels gestimmt, daß bis zum 30. September dieses Jahres noch 12.500 Tonnen Gefrierfleisch eingeführt werden dürfen. Aber ganz gewiß nicht, um der hiesigen Masse entgegenzukommen, sondern nur, um Ruhe zu haben vor den Grobhandhändlern, die durch die mögliche Sperre Schaden erleiden könnten.

Warum will man denn die Haushaltungen zwingen, teures Kalandsfleisch zu kaufen? Warum will man denn die Arbeiterhaft zwingen, durchs ganze Weizenbrot zu verzichten und nur Roggenbrot zu essen? Warum „notwendende“ Landwirtschaftswaren eben nötig, gefällig zu werden, und unser Ernährungsminister, Herr Schiele, gehört zu ihr. Diese Leute wissen ganz genau, daß die Arbeiterhaft den Hauptverbraucher darstellt. Sie wissen auch ganz genau, was ein Pfennig für den Arbeiterhaushalt bedeutet. So haben sie denn einfach die Preise für Weizenbrot um ein Drittel erhöht, und damit bedeutet sie gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Preissteigerung wird ja nur wohl die Arbeiterhaft, so rechnen sie, zum Roggenbrot zu greifen. Damit glaubt man der Arbeiterhaft „gleichberechtigtes“ Brot gegeben zu haben und, was die Hauptfrage ist, der Landwirtschaft mit drei Geldeinheiten keinen Schaden zu tun. Die Herrschaften denken nämlich nicht daran, künftigen Roggen zu liefern, obgleich wir, so eigenartig das klingen mag, im Roggenanbau sehr zurückgefallen sind. Der ehemalige Verbräucher soll möglichst viel Roggen essen, denn er darf 16 A für den selben Roggen bezahlen, den das Ausland von uns schon für 50 A bekommt! Das wird beinahe wie ein Wunder, es ist aber leider kein Wunder, sondern ist ein Vermögensverlust von 100 A auf 16 A aus der Tasche der Arbeiterhaft für die Tasche der Großgrundbesitzer.

So kocht gemacht. Das heißt sich christlich-nationales Notstandsprodukt. Alle christlichen Parteien fordern sie mit Gebet und Fasten. Sie beten fleißig. Warum endlich Brot gab uns heute! Damit das Gebet auch wirklich erhört wird, darum eben die christlich-nationale Notstandsprodukt.

Esse demot respectable Politik bedarf natürlich respectabler Stoffe. In welchem Maße kirchliche Dämme, die Verbräucher von Roggenbrot und Kaffeebohnen, Weißbrot und Butter, um den Arbeiterhaushalt zu zwingen, wie man schon die Roggenbrot zu kochen bringt. Sogar eine Roggenfibel gibt es für Arbeiter. Man sieht, unter der Regierung des Herrn Dr. Brünning wird viel fürs Volk getan. Freilich eins wird nicht getan: den künftigen Roggen zu geben. Gerade der wird ihm durch Felle verweigert. Man nennt das, wie schon betont, christlich-nationales Notstandsprodukt.

Sie Folge liegt aus allen Arbeitermitleid. Hungerkämpfe haben, können den Hunger nicht stillen. Nahrungssorgen treibt tagtäglich Menschen zum Selbstmord. — Sie aber schonen...

im Roggenüberfluß. Aber lieber lassen ihn die christlich-nationalen Volkstreue verderben, als daß sie ihn billig abgeben! Es werden bereits Roggenvorräte eingelagert, um sie in der dünnen Zeit langsam und noch mehr verteuert auf den Markt zu bringen, denn sie hoffen und beten für eine Mißernte.

Das ist noch nicht alles, was die christlich-nationale Notstandsprodukt den untern Schichten beschert. Sie hat noch dickere Sachen für die Arbeiterhaft. Zum Beispiel: Die Deckungspläne des Reichskabinetts bringen nämlich auch eine Kürzung der Familienloshilfe, und zwar gleich um die Hälfte. Der menschenfreundliche Plan stammt von den Kreisen, die vor Liebe zur Jugend und Familie trauern. Diese Kreise sind selbstverständlich heute so wie gestern für die Kinder und Mütter — noch mehr aber sind sie für die Herren Großgrundbesitzer, denen jetzt vermehrte Sorgfalt zugewendet werden muß, weil sie doch zuviel Roggen und zu wenig Bargeld für die standesgemäße Lebensführung haben. Unter solchen Umständen müssen, jeder Mann wird das einsehen, die proletarischen Mütter und Kinder eben zurückstecken. Erst kommen die Herren, dann die Proletariat. Das ist die göttliche Weltordnung. Und so war es übrigens immer, abgesehen vom Striege, wo die Herren auch mal den Proletariern den Vorrang ließen. Nun muß den Herren der Vorrang wieder verschafft werden. Damit basta!

Werden das die Arbeiterfrauen nun alle beherzigen? Oder werden sie sich von den bürgerlichen Damen für die christlich-nationale Politik loben lassen? Wenn ja, dann sollten sie bedenken: die bürgerliche Frau kümmert sich um den Wochensfürsorge und der Arbeitslosenunterstützung nicht; für sie bedeutet das Verbot der Gefrierfleischzufuhr nichts, auch nichts die Erhöhung der Getreidezölle. Wochensfürsorge braucht die bürgerliche Frau nicht, Arbeitslosenunterstützung noch weniger, und Roggenbrot oder Gefrierfleisch für eine Dame?... Pfui doch!

Das sollten alle Arbeiterfrauen beherzigen. Und daraus die Konsequenzen ziehen. Hätten es schon alle Arbeiterfrauen getan, christlich-nationale Notstandsprodukt könnte nicht mehr verübt werden.

O, die Krankenkasse

Es ist Nacht, Sommernacht. — Dr. Borschtig sitzt mit seiner Frau auf der Veranda und genießt mancherlei — eine gute Zigarre, ein Glas Wein, das bewundernde Gefühl, daß er auf der Veranda seines eigenen hübschen Hauses in seinem eigenen Garten sitzt — die Ruhe nach des Tages Geschäften, die er dazu benutzt, Bilanz zu ziehen, und da diese befriedigend ausfällt und auch sonst alles im Reine ist, fühlt auch er sich befriedigt und sagt anerkennend zu seiner Frau: „Schöner Abend, ganz wunderbarer Abend!“

Seine Frau, die eben in Gedanken ungefähr dasselbe getan hat, nickt beistimmend.

Da spritzt das Telefon. Frau Doktor erhebt sich, um abzufragen. Sie kommt wieder her und sagt: „Es ist eine Frau in Frostdorf erkrankt, sie hat Obst gegessen und Wasser darauf getrunken. Es siehe jäh!“

Der Arzt tanzelt unbehaglich die Stürze. Frostdorf liegt zwei Stunden entfernt und — es war so ein jähmer ruhiger Abend. Über dem Dorf befindet er sich. Frostdorf ist ein Bauerndorf. Es handelt sich also wohl um eine Bauersfrau und geht auf Rechnung des Patienten, nicht auf Rechnung der Krankenkasse, die nur den Satz bezahlt. Da kann er unter Umständen ganzig Entschädigung aufschreiben und drüber.

Das ist unglücklich. Er schreit sein Motorrad aus dem Schuppen und fährt los. Er kommt in ein hässliches Anwesen, behandelt die Frau mit Erfolg und will dann beim Weggang noch mal den Namen wissen, um die Rechnung zu stellen.

Da sagt der Bauer: „Keine Frau ist durch mich mitverschuldet, ich bin kassenmäßig. Unsere Landwirtschaft ist nicht groß genug, daß sie uns nähren kann, da arbeite ich im Sommer als Maurer.“

Der Arzt ist sprachlos. „Warum haben Sie das nicht gleich gesagt?“ jähmer er empört, „dann wäre ich nicht hieraus gefahren! Guten Abend!“

Der Bauer ist beruhigt. Aber dann bemerkt er sich und sagt ruhig: „Einen Augenblick, Herr Doktor. Wenn Sie nun heute Nacht von ihrem Motorrad stürzen und auf der Straße liegen bleiben, und es kommt einer vorüber und sieht Sie und stößt sich erst nieder, ehe er Ihnen hilft und durchschlägt Ihnen die Linsen, ob Sie ihn auch bezahlen können — was würden Sie dann sagen?“

Der Arzt jähmerer während die Tür zu und fährt unter ohrenbetäubendem Getöse und Gestank davon.

Eine alte und einfache Frau, Arbeiterin, steht am Schalter der Ortskrankenkasse und verlangt den Herrn Vorstand zu sprechen, weil sie des Empfangen hat, daß ihr irgendwo ihr Recht als Kassenmitglied geschnitten worden ist. Der Beamte sieht sie an, geht fort und kommt nach ganz kurzer Zeit wieder. „Bedauere, der Herr Vorstand ist nicht zu sprechen.“

Die Frau steht ratlos da. „Ja, das ist nun schon das fünfte Mal, daß ich noch ihn jage. Wann ist er denn zu sprechen?“ — Der Beamte zuckt die Achseln. „Das weiß ich nicht!“ — Und bedient das nächste Mitglied. Die Frau geht mühsam hinaus.

Demnach führt eben ein Auto vor. Eleganter Wagen. Die Frau erkennt den Direktor eines Sonnerens und ein paar Ärzte. Sie gehen prüfend planierend hinein, die Spatze im Munde.

Die Frau weiß nicht, weshalb sie den Herren nachgeht, aber sie hat es trotzdem und brüllt sich in der Wut der Tür herum.

Der Herr Direktor hat dem Beamten am Schalter jedoch zu wissen, daß er den Herrn Vorstand sprechen müsse — aber höchstenfalls. — Der Beamte zuckt die Achseln. „Jawohl! Einen Augenblick!“ — Ich will nur anmerken! Wollen die Herren bitte solange Platz nehmen? — Aber es ist gar nicht nötig. Denn im An geht die Tür auf und der Beamte ruft heftig: „Der Herr Vorstand läßt bitten!“

Die Frau steht da und macht ein sehr dummes Gesicht. — Als sie aber begriffen hat, daß sie hinaus und laßt wie eine Berrüdie.

Liebe für vier Pfennige

Unsere Zeit ist der Liebesbriefe nicht günstig. Vielleicht werden manche jungen Leute gegen diese Gepflogenheit protestieren, aber im großen und ganzen hat diese Form, alle Erwartungen doch ziemlich an Bedeutung verloren. Besonders das Telefon hat ihr den Todesstoß gegeben. Heute kündigt man sich jeden Morgen an: „Hallo, wie geht's? Gut gegangen?“ Und damit ist der Fall erledigt. Die Liebesbriefe sind zwar noch vorhanden, die Zeit ist aber eingestrichelt, selbst wenn man schreibt, beizubehalten für die Zeiten mehr auf lustige Berichte und das Gefühl steht ungeschicklich zwischen ihnen. Das der Briefträger jede Stunde von Hans zu Hans, von Lina zu Lina trägt, ist viel wichtiger wie einst. Nicht nur die bunten Umschläge und das hübsche Papier sind jetzt weniger geworden. Die Lust der Briefträger ist auch nicht mehr so stark wie früher belastet mit eberlaunischen Schmeicheleien, Gebührensachen und Liebeserklärungen.

Trotzdem hat das Maschinenzeitalter diese Sitte nicht ganz zerstört, hat im Gegenteil neue Formen geschaffen und selbst für diese so persönliche Sache einen nützlichsten Apparat konstruiert.

In kleinen südfrensischen Dörfern habe ich ihn gefunden: den Automaten für Liebesbriefe. Fünfundzwanzig Centimes muß man einwerfen; das sind etwa vier Pfennige. Die Herren werfen das Mittelstück auf der linken Seite ein, die Damen auf der rechten. Dann gibt der Apparat einen richtigen Liebesbrief her. Es stehen zwar keine Namen darauf — aber sind Namen nötig, wenn man sich liebt? In diesen Briefen steht: daß man an Dich denkt, Geliebter und Geliebte, daß man Treue schwört auf ewig, den Himmel offen sieht, Deinen Namen auf den Lippen trägt und Dir tausend innige Grüße und Küsse schickt.

Nur ist es ein verbiegliger Brief, und ein anderer schwärmerischer Mensch wird für wiederum vier Pfennige den gleichen aus dem Automaten ziehen. Aber was macht das schon aus? Es ist ein Liebesbrief; daran ist nicht zu rütteln; und man liebt zwischen den Zeilen den geliebten Namen. Den Namen, den man nur selbst weiß. Und dieses schöne kleine Blatt Papier wird zum richtigen Liebesbrief. Die Mädchen lesen ihn, und ihre Augen werden träumerischer. Sie drücken ihn an die Lippen. Die jungen Burchen lesen ihn und lächeln verschämt und wissend. Sie ziehen aber noch einen von der Seite für Damen, nehmen ihn mit nach Hause und schreiben ihn ab mit richtigem Namen und richtiger Unterschrift. Und der Unternehmer, der diesen Apparat aufgestellt hat, kommt alle Tage über alle Woche, leert die Fünfundzwanzig-Centimes-Stücke aus dem Apparat und füllt ihn mit neuen Briefen wieder auf.

Maria Mohr

Sodom und Gomorrha

Wie sah es zur Zeit Abrahams in Palästina aus? Haben die fagenhaften Städte Sodom und Gomorrha, die wegen der Dämonen ihrer Bewohner untergegangen sein sollen, wirklich bestanden? Um diese wichtige Frage zu klären, hat das Kaiserliche Archäologische Institut in Rom eine Reihe von Ausgrabungen veranstaltet. Das Ergebnis wurde in diesen Tagen in einer Fachzeitschrift veröffentlicht.

Das hauptsächlich durchforschte Gebiet liegt im östlichen Teile des Jordanlandes, etwa sechs Kilometer vom Toten Meere entfernt, in der Nähe eines Ortes, der heute arabisch Telelat Ghassul heißt. Es stellt eine Art von Ruinenfeld dar. Schon auf der Erdoberfläche ist erkennbar, daß diese Stätte aller Kulturboden ist. Zerbrochene Säulen, kunstvoll behauene Steine liegen in Massen auf der Erde umher und deuten auf die unter dem Erdboden verborgenen Schätze hin.

Die Ausgrabungen selbst haben alle Erwartungen übertroffen. Eine große Anzahl von Häusergrundmauern, sogar ganze Straßen wurden erst in diesem Jahre im Laufe der Monate März und April freigelegt. Die Grundmauern bestanden aus Stein, der übrige Aufbau aus Ziegeln. Die Ziegel sind mit der Hand geformt und im der Sonne getrocknet worden. Man sieht auf ihnen teilweise noch die Fingerabdrücke. In einem Hause grub man einen Ofen aus flachen Steinen aus, der offenbar zum Brockbacken gedient hat. Handtübchen aus Stein wurden mehrfach gefunden. Die Spuren von Brunnen konnten nicht entdeckt werden. Dafür fand man große Behälter, in denen wahrscheinlich das kostbare Trankwasser aufbewahrt wurde. Die Nahrungsaufnahme der Häuser der geheimnisvollen, vorgefundenen Stadt ist reichlich, doch sind natürlich alle Lösser im Laufe der Jahrtausende in Scherben gegangen. Nur einige kleinere Gefäße von hoher technischer Vollendung und künstlerischer Ausführung konnten wohlbehalten in Sicherheit gebracht werden. Zahlreiche Steinwerkzeuge wurdenutage gefunden; Sägen, Messer und Hämmer in allen Größen. Sogar mehrere aus Stein geschmiedene Röhren fanden die Archäologen vor.

Auch über die Bewohner der großen Stadt am Toten Meere konnte einiger Aufschluß gewonnen werden. Man grub die Steinfänge von Kindern aus, die in den Gassen von Erdbegräbnissen lagen. Teile der Knochen waren noch gut erhalten. In anderen Gräbern fand man Schmuckgegenstände, Ringe, Armbänder und Perlenhalsketten, deren künstlerische Gestaltung von dem guten Geschmack der Handwerker der damaligen Zeit zeugt. Ein besonderes Charakteristikum des ausgegrabenen Ruinenfeldes sind die bis in die tiefsten Häuserstüben verstreuten Scherenspitzen. Sie sind auch an der Oberfläche in weiter Entfernung nachzutreffen und erwecken den Eindruck, als ob die Gegend einer Brandkatastrophe zum Opfer gefallen sei.

Allen Anzeichen nach stand die mysteriöse Stadt noch im dritten Jahrtausend vor Christi Geburt in voller Blüte. Sie besaß eine hochentwickelte Zivilisation, für damalige Zeiten wenigstens, und wurde etwa im Jahre 2000 vor Christi Geburt zerstört. Hat man es nun hier mit den Ruinen der fagenhaften Städte Sodom und Gomorrha oder wenigstens einer von ihnen zu tun? Die römischen Archäologen sind davon überzeugt. Sie wollen den wissenschaftlichen Nachweis für ihre Behauptungen durch die Bekanntgabe des umfangreichen Materials erbringen.

D. M. W.

Die Mode und die Nüchternheit des Alltags

Für sehr viele Menschen läuft das Dasein grau und schwarz dahin. Anwechslungen stellen sich nur selten ein. Daß es aber Wechselungsstadien gibt, denen das vielgestaltige moderne Leben nicht ausweicht, lehrt das Studium der großen Modenblätter. Im „Modenspiegel“ des H. Nr. 234 lesen wir u. a.:

„Es wird der Mode eines Tages dankbar nachgesagt werden, daß sie die Nüchternheit des Alltags durch ihre schönen Schöpfungen weniger grau und trist erscheinen ließ. Sommerlage mit niedriger Temperatur, mit grauem Himmel und jener Mühseligkeit, die durchaus nicht sommerlich ist, werden durch die schönen Mäntel, wenigstens in der Idee, erträglich gemacht. Sie stehen in Konkurrenz mit den kleinen Jäckchen, und wenn diese spielerischen, anmutigen Sachen, die der Bewegung nachgeben, leicht sind und lustig, so wählen die Mäntel ein anderes Gesicht.“ — So verbringen die Frauen der besten Schichten, die Maßgärte und Burzudämchen ihre kurzen Tage mit grauem Himmel und jener Mühseligkeit. — Derweilen fehlt es der überausen Zahl der Frauen am nötigsten zum Leben.

Wahre Liebe macht nicht blind

Es ist ein altes Sprichwort: „Liebe macht blind!“ Offen gestanden, ich habe es nie ganz verstanden.

Wir meinen es, daß Liebe, wirkliche Liebe, anstatt blind zu machen, die einzelne Person besonders weitblickig macht.

Diese andere Art der Liebe, die das Gehirn vernebelt und die Urteilskraft lähmt, kann nicht die wahre, tiefe, unerschütterliche Liebe sein. In Wirklichkeit, wenn jemand von einer Person oder sonst irgend etwas bezaubert ist, dann glaube ich, verliert das geistige Auge die Fähigkeit klar zu sehen. Aber wenn wir jemanden wahrhaft anrechtig und treu lieben, so fordern wir die alles Besserwüßiger heraus und behaupten, daß man diese Liebe nicht blind macht. Wahre Liebe, im Gegenteil, öffnet uns die Augen weit.

Wir uns einen weiten Blick, zeigt uns, daß etwas so Schönes in unser Leben getreten ist, wie wir es nie für möglich gehalten hätten.

Glaube nicht immer, daß Liebe blind macht. Aber werde dir klar darüber, ob dieses neue Gefühl, das von dir Besitz ergreifen hat, auch wahre Liebe ist. Das ist das Geheimnis. R. G.



Sozialpolitik



Verschlechterungen der Krankenversicherung

Nachdem der im vorigen Herbst ausgearbeitete Entwurf zu einer Reform der Krankenversicherung infolge allgemeiner Ablehnung zurückgezogen wurde, bringt die Tagespresse jetzt Auszüge aus einem neuen Entwurf. Die Regierung der Tat ist darauf aus, getreu den Befehlen der „Wirtschaftsführer“, einen allgemeinen Abbau der Sozialgesetzgebung zu erzwingen. Nach der geplanten Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung kommt nun die Krankenversicherung an die Reihe. Und ausgerechnet Herr Stegerwald, der christliche Gewerkschaftsführer, bekennt sich, die gewöhnlichen Verschlechterungen der Versicherten der Schwerberufener gewisse Maßnahmen auf dem Präventiverteil zu überreichen. Untersuchungen einmal, was alles von der, um mit dem Zentrumsgesandten Schmid zu reden, „reaktionärsten Regierung“ auf diesem Gebiete geplant ist.

Nach Stegerwald gibt es zu viele Versicherte, die Krankheiten vorzuziehen, und zu viele Ärzte, die aus purem Eigennutz Versicherte zu Kranken machen, ohne daß sie krank sind. Darum sollen die Ärzte schuldenerantwortlich gemacht werden, wenn sie Kranke behandeln, die nicht krank sind. Das sogenannte Vertrauensarztssystem soll als Zwangseinrichtung in der Reichsversicherungsbildung verankert werden. Die Kassennärzte sollen an Zahl vermindert werden. Durch diese Maßnahmen soll eine „Eindämmung der Krankheitsfälle“ um rund ein Fünftel der Gesamtzahl erreicht werden.

Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden gemäß § 368 SGB durch schriftlichen Vertrag geregelt. Zur Regelung der Verhältnisse zwischen Kassen und Ärzten ist ein Reichsausschuß gebildet. Dieser Reichsausschuß bereinigt Richtlinien, die sich auf die Zulassung der Ärzte zur Krankenkassentätigkeit, den Inhalt der Arzttverträge, Art und Höhe der Bezahlung der ärztlichen Leistungen erstrecken. Weiter können vereinbart werden Einrichtungen zur Sicherung der Kassen gegen unnötige und übermäßige Inanspruchnahme der Krankenhilfe sowie Maßnahmen zur Verhütung übermäßiger Inanspruchnahme einzelner Ärzte (der sogenannten Kassennästen).

Wie aus vorstehendem ersichtlich, haben es Kassen und Ärzte in der Hand, die Anzahl der für die einzelnen, wie auch für eine Gruppe von Kassen tätigen Ärzte auf ein bestimmtes Maß zu beschränken und die ärztlichen Leistungen zu begrenzen. Die Kassen haben natürlich das Bestreben, ihren Bestand und ihre Entwicklung nicht zu gefährden; wenn nun manche Kasse in der letzten Zeit in schwere finanzielle Bedrängnis geraten ist, so sind die Ärzte nicht ganz frei von Schuld, da durchschnittlich 80 bis 90 vH aller Kassenausgaben durch sie verursacht oder doch beeinflusst werden. Der Arzt, der die meisten und größten Löhne bezieht, ist — leider — bei einem Teil der Versicherten noch immer der geeignetste Mann. Schuld tragen Kassen und Ärzte, da sie es an der nötigen Aufklärung der Versicherten fehlen lassen und deren eigenartigen Argwohn begünstigen. Die Verordnung einer wirksamen und für den jeweiligen Fall notwendigen Arznei soll keinesfalls bekämpft werden. Der Arzt soll nach bestem Wissen entscheiden, was im gegebenen Falle notwendig (wenn auch teuer) ist. Aber wer kennt nicht den für manche Fälle zutreffenden Witz: Der Arzt gibt dem Apotheker etwas zu verbieten, und der sorgt dafür, daß des Arztes Kunden nicht zu schnell wieder gesund werden.

Ungeachtet des geplanten Vorgehens gegen die Ärzte könnte man eine gewisse Genugtuung empfinden. Sind doch auch Ärzte an der jahrelangen Hege gegen die Krankenkassen und die Selbstverwaltung der Versicherten nicht unbeteiligt. Aber es steht mehr auf dem Spiel! Das Vertrauensarztssystem soll eingeführt und gesetzlich verankert werden. Dadurch will man den Ärzten Ankehl anlegen zum Schaden der wirklich Kranken Versicherten. Denn der Arzt, der den Versicherten länger behandelt, ist doch eher in der Lage, dessen Arbeitsunfähigkeit zu beurteilen, als der Vertrauensarzt nach einmaliger Untersuchung! Die Rolle, die von der Wirtschaft den Vertrauensärzten zugedacht ist, ist die einer Gesundheitsüberwachungsstation. Bei den tonangebenden Kreisen der Wirtschaft sind die Kranken doch nur „Simulanten“. Dabei ist bittere Wahrheit, daß eine Anzahl Arbeiter nicht krankheit, sondern Gesundheit vorzuziehen, um ja nicht aufs Pfahler gesetzt zu werden.

Als weitere Verschlechterung ist, dem Drängen der Wirtschaft folgend, eine Ermäßigung der Beitragssätze bis zum Höchstbeitrag von 6 vH vorgesehen. Wird diese Höchstgrenze überschritten, dann muß entweder die Unternehmerseite in den Kasseneinzahlungen zuzunehmen oder die Leistungen müssen abgebaut werden. Das letztere wollen die Unternehmer. Wird der Höchstbeitrag gesetzlich festgelegt (bisher 7 1/2 vH), dann haben die Unternehmer ihren Zweck (Leistungsabbau) erreicht, sie üben den so lange geforderten größeren Einfluß in den Kassen aus und die Selbstverwaltung der Versicherten ist wieder einen Schritt zurückgefallen. Denn bei dem bekannten Schemen über die „untragbaren sozialen Lasten“ werden die Unternehmer in jedem Falle ihre Zustimmung verweigern, wenn zur Einführung von Mehrleistungen eine Beitragserhöhung über 6 vH gefordert wird.

Auch der Höchstgrundlohn soll von 10 M auf 9 M herabgesetzt werden. Da das gesetzliche Krankengeld die Hälfte des jeweiligen Grundlohns der Versicherten ausmacht, so würde der Versicherte mit dem Höchstgrundlohn gegen bisher in Zukunft um täglich eine halbe Mark geschädigt sein. Als Mehrleistung könnten die Kassen bisher das Krankengeld auf 75 vH des jeweiligen Grundlohns durch die Gesetzgebung festlegen. In Zukunft sollen die 75 vH nur noch in den Fällen gewährt werden können, wenn die Zahl der zu versorgenden Angehörigen des Versicherten mindestens vier (Ehefrau und drei Kinder) beträgt. Will der Versicherte in Zukunft einen Arzt in Anspruch nehmen, muß er vorher in der Regel für den Krankenschein mit 1 M zahlen. Das Tollste aber ist, daß auch für jede Verordnung von Arznei oder Heilmitteln dem Apotheker noch besonders 50 P zu zahlen sind. Von den verordneten Heilmitteln soll der Versicherte die Hälfte der Kosten in der Regel selbst tragen. Wenn es nach dem Stande der Reaktion geht, sind in Zukunft erst 1,50 M zu bleichen, die der Kranke Arzt und Apotheker aufsuchen kann.

Ob sich die Erzeuger dieser Mißgeburt auch mal überlegt haben, wo der Verführer gegebenenfalls das Geld herkommt? Die wirtschaftsfernen Leute sind gewiß der Auffassung, daß der Arbeiter bei den „hohen Löhnen“ und dem „billigen Lebensunterhalt“ nur so im Gelde schwimmt! Die Arbeitervertreter im Reichstag werden diesen Beschäftigten nicht annehmen. Zum Zufall, mit einer solchen „Reform“!

Arbeitsmangel oder Berufsfrage?

Die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sowie die Verhältnisse in den einzelnen Berufen und Betrieben haben nach verschiedenen Seiten hin Veranlassung gegeben zu Untersuchungen über die soziologischen Zusammenhänge, die zur Arbeitslosigkeit oder Berufsfrage führen. Besonders von bürgerlicher Seite sind derartige Untersuchungen angestellt worden, zum Teil auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Ziel, unter allen Umständen den Arbeitsfrieden zu erhalten. Als Alibi-Mittel werden die Bergarbeitergewerkschaften gepriesen, die in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung nicht große Gegenliebe finden. In der modernen Arbeiterbewegung fehlen bisher derartige Untersuchungen, die von Arbeitern selbst vorgenommen wurden. Deshalb hat sich der Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Buchdrucker entschlossen, einen literarischen Wettbewerb über das Thema „Arbeitsmangel oder Berufsfrage?“ auszuschreiben, dessen nähere Bedingungen im Fol-

Für und gegen die Arbeitslosenversicherung

Die Ereignisse der letzten beiden Monate

2. Mai: Der volksparteiliche Finanzminister Dr. Molkenhauer kündigt in der Einführungsrede zum Reichshaushaltplan für 1930 den Abbau der Arbeitslosenversicherung an. Spätestens 1931 müsse die Arbeitslosenversicherung frei von Reichszuschüssen werden.

2. Mai: Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erklärt in einer Presseerklärung, daß aus den Beitragseingängen beim gegenwärtigen Satze von 3 1/2 vH etwa 980 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgt werden könnten. Dazu kommen noch 150 Millionen Reichszuschüsse und 50 Millionen Industrieaufbringungsumlage. Diese Mittel zusammen reichen für 1 170 000 Unterstützungsempfänger. Die 80 Millionen aus dem Lohnsteueranfall kommen seien ein unsicherer Posten. Ersparnisse ließen sich nur durch Leistungsabbau erzielen.

5. Mai: Der Bundesvorstand des ADGB nimmt eine Entschließung an, in der es heißt, daß es „zurzeit die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, den gegen die Sozialpolitik gerichteten Angriff der vereinigten bürgerlichen Parteien abzuwehren“.

14. Mai: Der Abgeordnete Aufhäuser (SPD) erklärt als Beichterstatter des Haushaltsausschusses, daß der neue Etat in der Arbeitslosenversicherung überhaupt keine Sanierung zeige. Es fehlten mehrere 100 Millionen Mark für 1930. Die in der Krisenfürsorge vorgesehenen 150 Millionen reichten knapp für 200 000 Erwerbslose, 55 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge seien unzulänglich.

14. Mai: Die Anträge der SPD im Haushaltsausschuß des Reichstages, die den Gesamtbetrag für die Krisenunterstützung von 150 auf 225 Millionen und für die werbeschaffende Arbeitslosenfürsorge von 55 auf 80 Millionen zu erhöhen, werden durch die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

14. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald (Zentrum) kündigt an, daß die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung mehr als 1/2 vH betragen werde. Ein Notopfer zur Finanzierung der Krisenfürsorge sei abwegig.

14. Mai: Bei Fertigstellung des Gutachtens des Vorstandes der Reichsanstalt wird gegen die Stimmen der freien Gewerkschaften beschlossen: Beitragserhöhung auf 4 vH, Leistungsabbau für Erwerbslose, die nicht 52 Wochen Unwirtschaft erreicht, Verringerung der Unterstützung für Jugendliche unter 17 Jahren und für über 65 Jahre Alte. (Die freien Gewerkschaften waren nur für Beitragserhöhung, wenn keine Leistungsverschlechterungen eintreten sollen.)

22. Mai: Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Infolge der großen Meinungsverschiedenheiten kommt es zu keiner Einigung.

25. Mai: Der Reichsarbeitsminister Stegerwald gibt einen Erlaß über die Dauer der Krisenunterstützung heraus. Er enthält nichts über eine Ausdehnung des Personenkreises oder eine Verlängerung der Bezugsdauer. Er bringt in Erinnerung, daß die Bezugsdauer von 38 Wochen zu reichlich sein könne und daß die zupäandige Stelle die Unterstützung auf einen kürzeren Zeitraum beschränken kann, wenn begründete Aussicht besteht, daß es dem Arbeitslosen möglich sein wird, innerhalb des verfürzten Zeitraumes sich durch seine Bemühen eine Arbeit zu verschaffen, deren Ablehnung die Entziehung der Unterstützung nach sich zöge.

27. Mai: Das Reichskabinett plant, um die Finanzkrise zu beheben, 220 Millionen aus einprozentiger Beitragserhöhung und 90 Millionen aus Verkürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu gewinnen.

31. Mai: Im Haushaltsausschuß des Reichstages macht der Abgeordnete Gerk (SPD) Mitteilung davon, daß ein besonderer Sparkommissar für die Reichsanstalt bestellt worden sei, der als Vorkämpfer des Aufwands für die Schöpfung 100 vH öffentlichen Mitteln 25 000 M Einkommen habe, die durch seine Tätigkeit als Arbeitslosenparlamentarier auf 43 000 M erhöht würden.

4. Juni: Der Bundesvorstand des ADGB richtet ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister, in dem er dringend die zeitliche und personelle Erweiterung der Krisenfürsorge fordert, da eine Anzahl Gemeinden keine Wohlfahrtsunterstützungen mehr zahlen können.

5. Juni: Das Reichskabinett beschließt, die Vorentscheidung des Vorstandes der Reichsanstalt zum Gesetzentwurf zu erheben und folgenden Änderungen: Beitragserhöhung von 3 1/2 auf 4 1/2 vH, Verlängerung der Karenzzeit für Ledige auf 14 Tage, Verlängerung der Sperrfrist von bisher 4 Wochen auf 26 oder 52 Wochen, Herabsetzung der Bezüge der besserbezahlten Arbeiter und Angestellten um zwei Klassen, Herausnahme der Jugendlichen bis 16 Jahre aus der Versicherung, Versicherungsfreiheit für Arbeitergruppen mit geringfügiger Beschäftigung (Arbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich, Verdienst nicht über 10 M).

heft der „Typographischen Mitteilungen“ veröffentlicht sind. Für diesen Wettbewerb sind 1000 M an Preisen sowie eine Reihe von Büchern der Buchergilde Gutenberg bereitgestellt worden. Mit Recht darf die gesamte Arbeitererschaft auf das Ergebnis dieses Preiswettstreites gespannt sein, wenngleich auch nur die Berufsverbände der Buchdrucker in diesen Arbeiten untersucht werden. Diese Untersuchungen werden aber symptomatisch auch auf andere Berufe übertragen werden können, in denen gleichfalls das Problem „Arbeitsmangel oder Berufsfrage?“ eine Rolle spielt.

Zunahme des Heufiebers

Weder die Natur noch der Mensch bleibt sich gleich. Die Zahl der Heufieberkranken, die schon in den letzten Jahren erstaunlich gestiegen war, ist in diesem Sommer wieder stark angewachsen. Merkwürdigerweise trifft das Übel in den allermeisten Fällen nur junge Männer, jungen Frauen oder ältere Männer, ohne daß man für diese Erscheinung eine Erklärung finden könnte. Doch würde ich mich nicht wundern, wenn ein auf Grund dieser Bemerkung konstruiertes Präparat gegen Heufieber ausfinden würde... Man muß doch heuteutage gar zu gern! Man könnte also einen Brau herstellen aus dem Blut junger Mädchen (hu hu!), die besonders geistig zu sein scheinen gegen das Heufieber und dies Blut man den jungen Männern als Anti-Heufiebermittel einspritzen...

Es spielen sich auch mehr und mehr einige typische Formen des Heufiebers heraus, so namentlich das wirkliche „Fieber“ bis zu mehr als 39 Grad, wobei der Patient völlig erschöpft wird. Dann das rein asthmatische, bei dem der Kranke wüßelnd und leuchtend und wobei sich auffallend starkes Angstgefühl entwickelt. Dann die Form des Schwindels, ähnlich der Bergkrankheit, wobei der Kranke Drehschmerz empfindet. Ein wirksames Mittel gibt es, wie wir ausdrücklich betonen wollen, in allen diesen Fällen nicht und man soll als Patient sein Geld (oder das der Krankenkasse) sparen — am Heufieber werden die Galbenfabrikanten und Pulvermacher reich.

Abundanz

Weißt du, was Abundanz ist? Nun, Abundanz ist, wenn man zuviel Geld auf dem Geldmarkt hat. Du meinst etwa, es gibt keinen Geldmarkt? O ja, das gibt es auch, freilich nicht für den Proleten, sondern nur für Börsenvereinsmitglieder und für Kapitalisten aller Art, auch Gemeinwirtschaftler. Und Abundanz gibt es auch. Wie eine seltsame Krankheit geht die Erscheinung herum. Buerst traf sie, vor Monaten, in Frankreich auf, wo sie auch gegenwärtig heftig wüthet.

Die fehlenden 850 Millionen sollen also aufgebracht werden durch: Beitragserhöhung 220 Millionen, Leistungsabbau 115 Millionen, Notopfer der Festbesoldeten und Ledigen 350 Millionen, Verkauf von Vorkaufaktien der Reichsbahn 100 Millionen, Änderungen der Zahlungstermine der Zigarettensteuer 50 Millionen. Außerdem soll ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das mehreren Hunderttausend Arbeitern Beschäftigung geben soll und über 2 Milliarden Mark erfordert, vorgelegt werden.

5. Juni: Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulerk, weist in einer Pressekonferenz auf das katastrophale Anwachsen der Wohlfahrtsverwerbslosen hin. Die Zahl dieser hat sich in den Monaten Januar bis Ende April von 271 000 auf 328 000, also um 20 vH erhöht. Nach dem gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtsverwerbslosen ergibt sich eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen in Höhe von 300 bis 350 Millionen Mark. Eine Erweiterung der Krisenfürsorge sei deshalb dringendes Gebot.

5. Juni: In einer Besprechung mit den Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenfürsorge für alle Bezirke fordern, erklärt Stegerwald, das Reich könne nur „im Rahmen des Möglichen“ helfen.

6. Juni: Das Landesarbeitsamt Westfalen berichtet über den Stand der Erwerbslosigkeit in der zweiten Maihälfte über 125 128 Hauptunterstützungsempfänger, das sind 120 vH über den Stand der gleichen Zeit des Vorjahres.

10. Juni: Nach dem Bericht der Reichsanstalt über den Stand der Arbeitslosigkeit werden bei sämtlichen Arbeitsnachweisen im Reich am 15. Mai 1929 2 752 727 Arbeitsuchende gezählt. Am 15. Mai 1929 betrug die Zahl 1 600 918, der gegenwärtige Stand ist also um 72 vH höher als im Vorjahre. Von den rund 2 700 000 Arbeitslosen waren Unterstützungsempfänger 1 953 421. (Wovon leidet die übrigen 750 000? Von der Wohlfahrtsfürsorge werden höchstens 400 000 unterstützt. Es bleiben also etwa 350 000 Erwerbslose ohne jegliche Unterstützung.)

12. Juni: Eine Rundgebung der Berliner Funktionäre der Arbeiter und Angestellten wendet sich mit Enttäuschung gegen den Versuch der Unternehmer und der bürgerlichen Parteien, die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik auszunutzen. Sie verlangt Zurückweisung der Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung. Statt Abbau ist weiterer Ausbau, insbesondere der Krisenfürsorge erforderlich.

13. Juni: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei bringt einen Antrag ein, in dem die Regierung ersucht wird, einen Teil der Vorhüsse an die Arbeitslosenversicherung in Gütern und Lebensmitteln, in erster Linie auf Roggenbrot auszustellen.

16. Juni: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßt eine Entschließung zur gegenwärtigen Krisenlage, in der es unter anderem heißt: Die gegenwärtige Gestaltung der Arbeitslosenversicherung untergründet nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die Arbeitsmoral des deutschen Volkes und begünstigt die Landflucht, indem sie der Landwirtschaft notwendige Arbeitskräfte entzieht und sie in den Städten anhäuft, wo für sie kein Bedarf ist.

16. Juni: Aus dem Bericht der dem ADGB angehörenden Verbände über den Stand der Arbeitslosigkeit geht hervor, daß von 100 Gewerkschaftsmitgliedern erwerbslos waren: Ende Mai 1929 9,1 Mitglieder, Ende Mai 1930 19,8 Mitglieder. Das sind 218 vH mehr gegenüber dem Vorjahre.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Gesetzentwurf in 24 Paragraphen eingebracht, der die Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Einführung der Arbeitslosenpflicht fordert. Das Führerpersonal soll vornehmlich aus bewährten und entlassenen Heeresangehörigen zusammengesetzt sein.

18. Juni: In der Debatte über die Reichsregierung zur Ausgleichung des Fehlbetrages, die dem Reichrat zuging, wird der Antrag der Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung auf 194 Millionen und der Ersparnisse durch Reformen (das heißt Leistungsabbau) auf 115 Millionen geschätzt.

18. Juni: Die preussische Regierung schlägt im Reichsrat vor, die Beamten und Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 M beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt heranzuziehen, weiterhin durch Ausbau des Bedingnotopfers eine Mehreinnahme von etwa 50 Millionen zu schaffen.

18. Juni: Die Reichstagsfraktion der SPD lehnt das Deckungsprogramm der Reichsregierung ab und beauftragt den Fraktionsvorstand, ein eigenes Deckungsprogramm auszuarbeiten.

Erwin Günther.

Das kommt dir nicht vorstellen? Nun, wenn gutes Geld auf lange Sicht nur 2 1/2 oder sogar nur 2 vH einträgt, wenn kein Unternehmer für kurzfristiges Geld mehr als 3 vH gibt, dann hat der Mannmon keine schöne Zeiten, sagt er. Frankreich liegt also über Abundanz. Und siehe da, die gleiche Erscheinung macht sich in USA geltend, trotz der Krisis ist Geld gleich dem Heer der Proleten arbeitslos! Und neuestens meldet man die Abundanz auch aus Deutschland! Man höre und staune! Die Abundanz gibt der Reichsbank Veranlassung, zu erwägen, ob der offizielle Zinssatz nicht auf 3 vH herabgesetzt werden muß! Mensch, da steht du starr vor Staunen, wenn du deine Hauszinshypothek mit 12 vH oder 11 vH bezinsten mußt. Dich trifft der Schlag — und nicht die Abundanz. R. U. v.

Die vermißten Kriegsgefangenen

Noch immer war es nicht möglich, Aufklärung über die hohe Zahl von 43 251 vermißten zu schaffen, in denen ein Nachweis über den Verbleib deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nicht geführt werden konnte. In Rußland sind noch 51 213 deutsche Kriegsgefangene vermißt. Die Zahl aller unauferlegten Restfälle beträgt nach der amtlichen Statistik 97 385. Ein erheblicher Teil der in dieser Summe enthaltenen Gefangenen wird auf dem Landtransport, in den Lazaretten und auf Wanderwegen gestorben sein. Die in den russischen Lagern verbleibenden Gefangenen werden ebenfalls eine Menge unkontrollierter Opfer gefordert haben. Auch große Mordtaten in Gefangenenlagern und die in Rußland besonders ungeordnete Sittenführung wird eine große Rolle bei dem Zustandekommen der hohen Summe vermißter Kriegsgefangener spielen. Eine dringende Bitte um Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich oder Rußland ist jedoch, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, bisher nicht festgestellt worden.

Schwerbeschädigte erhalten den Vorzug

Zur bevorstehenden Abfertigung bei persönlicher Erledigung von Angelegenheiten vor Amtsstellen erhalten Schwerbeschädigte einen Vorzug, der auch den Anspruch auf einen Sitzplatz in der Bahn sichert. Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, können nunmehr auch solche Schwerbeschädigte, die nach dem Altersrenten-, dem Behrennachberufungs- und Kriegspersonalbeschäftigungsvorzug verfahren, derartige Vorzüge erhalten. Friedensrenten-, Schwerunfallverletzte und Schwerbeschädigte, überhaupt alle Schwererwerbsbeschränkten, die nach dem Schwerbeschädigtengesetz (§ 8) geschützt sind, behalten selbstverständlich auch weiterhin die bisherige Ausweisbegünstigung.

Streiks und Aussperrungen im DMW

In das Jahr 1929 fiel der Abschluß zweier großer Bewegungen aus dem Vorjahr, der des 14wöchigen Werftarbeiterstreiks und der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts über den vielumstrittenen Schiedsspruch Dr. Joetens, der am 31. Oktober 1928 die vierwöchige Aussperrung in der Eisen- und Stahlindustrie von Nordwest zur Folge hatte. Diese beiden Bewegungen erstreckten sich über 360 Betriebe mit 265 798 Personen, darunter 248 528 gelehrte Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, die einen Ausfall von 9 249 780 Arbeitslagen zu verzeichnen hatten. Die mit der Gruppe Nordwest verbündeten Hindeslöcher nahen der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller als Norm für die Löhne im Reich, was auf Ablehnung von Lohn-erhöhungen und Arbeitszulagen hinauslief.

Der allgemeine Beschäftigungsgrad pendelte Ende 1928 zwischen 69 bis 80 v. H. Das Jahr 1929 jedoch zeigte eine starke Senkung des Beschäftigungsgrades. Stieg doch allein die Zahl der arbeitslosen Mitglieder im Februar auf 10,7 v. H. und die der Kurzarbeiter auf 10,1 v. H. und sie erreichte, nach einem Abflauen in den Sommermonaten, im Dezember 13,2 v. H. und bei den Kurzarbeitern 13,1 v. H.

Diese ungünstige Wirtschaftslage bewirkte einen Rückgang der Bewegungen zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, die mit 229 Fällen gegen das Vorjahr zurückblieben. Dagegen stiegen die Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen um 20 Fälle. Diese Gegenüberstellung ergibt einen Rückgang von 200 Fällen der gesamten Bewegungen.

Ohne Arbeitseinstellung gab es 1092 Fälle = 87,3 v. H. in 38 568 Betrieben mit einer Teilnehmerzahl von 1 680 605 Personen. Zu Arbeitseinstellung führten 159 Fälle = 12,7 v. H. in 2303 Betrieben mit 281 902 Personen. Der gesamte Ausfall an Arbeitszeit von den hier berichteten Streiks und Aussperrungen betrug 10 571 447 Arbeitstage.

Im allgemeinen ist der Umfang der einzelnen Bewegungen mit Arbeitseinstellung, die im Berichtsjahr zum Ausdruck kamen, gering. Ein größerer Angriffstreik mit 6058 Metallarbeitern fand im Monat Mai in Offenbach a. M. statt. Die beiden Bewegungen der Geschichtswerkstätten und von Nordwest begannen bereits am 1. und am 31. Oktober 1928. Die letztgenannte Bewegung endete mit der Arbeitseinstellung am 7. Dezember 1928. Die Aufnahme in diesen Bericht rechtfertigt sich aus dem Umstand, daß die Verhandlungen nach dem Schiedsspruch vom 31. Dezember noch nicht beendet waren, sondern weitere Verhandlungen am 15. Januar, 11. Februar und 4. März 1929 über Lohn, Arbeitszeit und sonstige Änderungen des Tarifvertrages stattfanden, die erst die wirklichen Ergebnisse der Bewegungen zeigten.

Dagegen fanden einige Bewegungen ohne Arbeitseinstellung größeren Umfangs statt, so in der belgischen Metallindustrie, wo 189 000 Personen Erhöhung der Löhne forderten. Derselben Forderung wurden mit Ausnahme eines Falles auch in anderen Fällen erhoben, so von 107 277 Personen der schweizerischen Metallindustrie. Zwei Bewegungen in der Metallindustrie des fruchtbarsten Gebietes umfaßten einmal 87 000, das andere Mal 65 000 Personen. In letzterem Falle handelte es sich um Verkürzung der Arbeitszeit. Eine vom Bezirk Nürnberg geleitete Bewegung der bayerischen Großmetallindustrie betraf 60 000 Personen. Die gesamten größeren Bewegungen, deren einzelne mehr denn 5000 Teilnehmer aufwiesen, betrafen sich auf 58 Fälle (51 Angriff- und 7 Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, 2 Angriffstreiks und eine Aussperrung) = 4,5 v. H. und umfaßten 14 188 Betriebe = 84,75 v. H. mit 1 834 694 Personen = 69,8 v. H.

Die an den gesamten Bewegungen beteiligten Personen fehlten sich zusammen aus 1 577 184 männlichen = 82,47 v. H., 229 446 weiblichen = 14,6 v. H. und 105 877 Lehrlingen = 6,83 v. H. Gemittelt waren insgesamt 1 015 840 Personen = 65 v. H., davon 918 787 männliche = 90 v. H., 99 875 weibliche = 9,8 v. H. und 81 728 Lehrlinge = 8,12 v. H. Dem DMW allein gehörten an 888 081 Personen, und zwar 770 188 männliche, 66 140 weibliche und 51 728 Lehrlinge.

Überblick der Bewegungen

Art der Bewegungen	Fälle	Beteiligte	Personen	
			DMW	andere Organisationen
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, eigene	760	24 824	837 654	404 287
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung, gemeinsam ¹⁾	278	10 453	761 709	376 473
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, eigene	48	3 242	32 223	13 691
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung, gemeinsam ¹⁾	6	44	9 014	6 138
Angriffstreiks, eigene	55	1 287	16 493	10 410
Angriffstreiks, ohne Arbeitseinstellung, gemeinsam ¹⁾	25	312	39 225	20 695
Abwehrstreiks, eigene	62	1 077	7 629	4 234
Abwehrstreiks, gemeinsam ¹⁾	3	3	367	284
Aussperrungen, eigene	10	130	6 372	3 236
Aussperrungen, gemeinsam ¹⁾	4	364	211 663	29 582
Zusammen	1251	40 766	1 912 507	868 031
Im Jahre 1928	1451	43 482	2 314 455	1 049 153

1) Gemeinsam mit anderen dem DMW angeschlossenen Organisationen geführt — 2) Nur Metallarbeiter, gelehrte und ungelehrte, sind aufgeführt — 3) Personen, die bei Bewegungen mit Arbeitseinstellung in Frage kamen, jedoch von Forderungen vor der Arbeitseinstellung bewilligt erhielten.

Ursachen der Bewegungen

A. Forderungen der Arbeiter	Fälle	Beteiligte
a) Verkürzung der Arbeitszeit	13	114 615
b) Lohnherabsetzung	972	1 310 917
c) Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung	61	158 565
d) Sonstige Forderungen	72	61 147
Zusammen	1118	1 645 234

B. Maßnahmen der Unternehmer	Fälle	Beteiligte
a) Verlängerung der Arbeitszeit	1	159
b) Lohnherabsetzung	117	51 596
c) Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherabsetzung	2	210 903
d) Maßregelungen	5	101
e) Sonstige Maßnahmen	8	4514
Zusammen	133	267 273

Erreicht wurden 412 572 Stunden Arbeitszeitverkürzung in der Woche für 216 864 Personen, das ergibt einen Durchschnitt von 1,9 Stunden für den Einzelnen; 2 012 337 h Lohnherabsetzung in der Woche für 1 154 350 Personen, im Durchschnitt 1,74 M für den Einzelnen. Sonstige Verbesserungen (Urlaube, Montagezulagen, Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagarbeit usw.) für 249 060 Personen. Abgewehrt wurden 2401 Stunden Arbeitszeitverlängerung in der Woche für 1688 Personen, im Durchschnitt 1,4 Stunden, 56 619 M Lohnherabsetzung in der Woche für 14 683 Personen, im Durchschnitt 3,85 M; Maßregelungen für 10 Personen; sonstige Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis für 85 278 Personen. Keine Veränderungen des bisherigen Zustandes brachten 28 Fälle mit 5802 Personen. Verschlechterungen des bisherigen Arbeitsverhältnisses traten ein durch Verlängerung der Arbeitszeit um 4926 Stunden in der Woche für 1787 Personen, im Durchschnitt 2,8 Stunden für den Einzelnen; Lohnherabsetzung von 3435 M in der Woche für 697 Personen, im Durchschnitt 4,92 M für den Einzelnen; Maßregelung einer Person sowie sonstige Verschlechterungen für 1592 Personen.

Gesamtwirkung der Bewegungen

Art der Bewegungen	Von den Bewegungen entfielen					
	mit vollem Erfolg		mit teilweisem Erfolg		ohne Erfolg oder mit Verschlechterung	
	Fälle	Personen	Fälle	Personen	Fälle	Personen
Angriffsbewegungen ohne Arbeitseinstellung	332	120 435	685	1 115 608	21	44 020
Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung	28	4 916	21	25 289	5	2 270
Angriffstreiks	31	9 535	44	44 206	5	525
Vor der Arbeitseinstellung bewilligt	—	153	—	—	—	—
Abwehrstreiks	38	2 259	23	5 075	4	217
Aussperrungen	5	422	6	4 004	3	636
Zusammen	434	137 720	779	1 230 128	38	47 668
Dem Hundert	34,09	9,73	62,27	86,90	3,04	3,87

Durch Verhandlungen gelangten 1204 Fälle zum Abschluß, davon 377 Fälle direkt zwischen den Parteien oder Organisationen. In 827 Fällen wurden Schlichtungsstellen eingegriffen. In 13 Fällen mit 417 Personen wurde die Bewegung ohne Verhandlung abgebrochen. In 84 Fällen fehlten die Angaben über den Abschluß.

Die gesamten Ausgaben der Haupt- und Lokalkasse — vorwiegend Unterstützungsgelder — beliefen sich auf 2 335 612 M. Davon entfielen auf Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 1 001 155 M, auf Angriff- und Abwehrstreiks 2 480 933 M, auf Aussperrungen 202 868 M und an Mitglieder, die an Kämpfen anderer Gewerkschaften beteiligt waren, 11 666 M.

Damit der Geschlossenheit und der zum Teil starken Organisation gelang es, Vorteile für viele Arbeiter zu erreichen. Das Einkommen der Beteiligten steigt in schätzbarem Gegenmaß zu dem bescheidenen Entkommen der Arbeiter. Die immer wiederkehrende Behauptung der Unternehmern, die Löhne seien zu hoch, wird auch jetzt bestritten. Die gebundenen Tariflöhne werden bei Schwankungen in der Wirtschaft als untragbar erachtet. Daher das erneute Bestreben des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, jede Lohnherabsetzung und jede Arbeitszulage abzulehnen und Abschlüssen eine längere Laufdauer zu geben. Die Arbeiterchaft muß beratige Anfinnen mit allem Nachdruck ablehnen. **Grat Meißner**

Die Weltarbeitslosigkeit

Betrachtet man die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern, so fällt noch immer, wie aus den letzten Veröffentlichungen der Vierteljahrshefte für Konjunkturforschung deutlich hervorgeht, der Unterschied der Länder mit großer und solcher mit geringer Arbeitslosigkeit auf. Ebenfalls sind noch immer die deutlichsten Vertreter dieser beiden Gegenproben Deutschland und Frankreich. Mit vollen 8 Millionen Arbeitslosen, davon 2,5 Millionen als Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeiterunterstützung, sind in Deutschland im März d. J. noch immer 22,9 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder (April 1930 = 21,3 v. H.) arbeitslos, während Frankreich mit insgesamt 13 310 Arbeitslosen in dieser Zeit trotz der Verschlechterung der Wirtschaftslage, die auch die französische Wirtschaft traf, so gut wie überhaupt keine Arbeitslosigkeit zeigt.

Nächst Deutschland leidet die englische Wirtschaft mit ihren 1,7 Millionen Arbeitslosen (März 1930) unter einer gewaltigen Arbeitslosigkeit; 14 v. H. der versicherten Arbeitnehmer sind in England arbeitslos. Auch die drei nordischen Länder werden von schwerer Arbeitslosigkeit heimgesucht, so waren in Dänemark (März 1930) 18,9 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder, in Norwegen 19 v. H. (Januar 1930) und in Schweden 14,4 v. H. (Februar 1930) der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Österreich wird mit mehr als einer Viertelmillion Arbeitslosen vielleicht am höchsten von Arbeitslosigkeit bedrückt. Belgien, das bis weit in den Spätherbst hinein nur eine sehr geringfügige Arbeitslosigkeit aufwies und bisher zu den Ländern mit niedriger Arbeitslosigkeit gezählt wurde, hat seitdem ein starkes Anwachsen seiner Arbeitslosen erfahren, so daß im Februar 1930 7,4 v. H. der Versicherten arbeitslos waren. Von den großen überseeischen Ländern haben, abgesehen von den Vereinigten Staaten, die keine Zählung der Arbeitslosen vornehmen, aber eine besonders hohe Arbeitslosigkeit aufweisen, vor allem Australien mit 13,1 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder (Februar 1930) eine hohe Arbeitslosigkeit.

Geringfügig blieb die Arbeitslosigkeit außer in Frankreich in Spanien, Portugal, Finnland, wo sie über wenige tausend Arbeitslose nicht hinausgeht. Allerdings sind seitdem ebenso wie in Ungarn infolge der Wirtschaftsverflechterung die Arbeitslosenziffern stark angestiegen. Die Zahlen, die über die russischen Verhältnisse vorliegen, reichen nur bis zum Spätherbst (Ende Oktober) und zeigen gegenüber dem ersten Monat des Jahres, die eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 1,7 Millionen aufweisen, einen Rückgang auf 1,3 Millionen. Abgesehen von den wenigen Ausnahmen ist demnach die Arbeitslosigkeit eine Weltkatastrophe, die zwar die einzelnen Länder verschieden stark befaßt, aber überall einen ungeheuren Ausfall in der volkswirtschaftlichen Wertzeugung bedeutet.

Kuhbergbau und Bergarbeiterlöhne

Nach dem Dohnhauser Schiedsspruch für die Eisenindustrie soll, wie allgemein angenommen wird, der Kuhbergbau an die Reihe kommen. In Verbindung mit einer Preissteigerung für Kohle sollen die Löhne der Bergarbeiter gesenkt werden. Der Kuhbergbau hatte 1929 ein Rekordjahr. Der Jahresbericht des Vereins für die bergbauischen Interessen führt aus, daß die Förderung des Kuhbergbaus 1929 mit 123,6 Millionen Tonnen die höchste in der Geschichte des Kuhbergbaus gewesen war. Die Erträge mußten entsprechend hoch sein, da der Arbeitsgrad weiter anstieg, der Absatz auf dem unbeschränkten Gebiet überhöhter Monopolpreise brachte und auch die Preise, die auf dem beschränkten Gebiet erreicht werden konnten, sich gegenüber dem Vorjahr gebessert haben. Infolge der gegenwärtigen Produktionskrise löst der Kohlenabsatz auf Schwierigkeiten. Die unabsehbaren Geldverhältnisse drängen zur Preisherabsetzung. Die steigende Arbeitslosigkeit soll die Bergarbeiter für Lohnherabsetzungen empfänglich machen, obwohl Lohnsenkungen einer jeden Berechtigung entbehren. Die Erweiterung des Absatzes als Folge der Preissteigerung dürfte dem Kuhbergbau Mehrerlöse bringen, die ihm jetzt infolge der Absatzschwierigkeiten verloren gehen.

Somit handelt es sich beim Lohnabbau allein um Sondergewinne, deren der Kuhbergbau nachteilig nicht behaftet und die ihm in den vergangenen Jahren zum Verdienst wurden. Aus diesen Sondergewinnen erfolgte eine gewaltige und vollkommen unbegründete Erweiterung der Anlagen, Ausbau von Kokerien usw. Die Leistungsfähigkeit wuchs in einem Umfang, daß sie selbst in einer Hochkonjunktur nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden könnte. Ist nun der Tiefstand da, so muß man auch den Produktionsapparat einschränken, zu Stilllegungen und Zusammenzügen überlegen. Es wird allgemein mit einer neuen Konzentrationelle für den Kuhbergbau gerechnet, die die Zahl der Bergbauunternehmungen (zurzeit 45) herunterschreiben soll. Bergwerksunternehmen werden die Bergarbeiter in eine Lohnherabsetzung einwilligen, ihre Zustimmung könnte die geplanten Stilllegungen und Zusammenzünge doch nicht verhindern.

Was Lohnherabsetzungen vielleicht verhindern könnten, sind Anstrengungen des Kuhbergbaus, an anderen Stufen der

Produktion zu sparen, den teuren Verteilungsapparat zu verbilligen und ihre Anstrengungen für die Steigerung der Einkünfte durch Erzeugung und Absatz von Nebenprodukten — Kohlenkiesel — zu erhöhen. Die Wiederherstellung der herabgesetzten Löhne würde auf große Schwierigkeiten stoßen. Derselbe beruft sich der Kohlenbergbau auf Sorgen, die in der Zukunft der Kohlenwirtschaft liegen: verminderte Reparationslieferungen, die Rückkehr des Saargebietes, vermehrte Konkurrenz des englischen Bergbaus auf Grund des neuen Kohlengesetzes usw.

Inessen sind die Aussichten für eine internationale Kohlenverkäufung gerade durch das englische Kohlengesetz, das zu umfangreichen Zusammenzünge des englischen Kohlenbergbaus führen soll, größer als zuvor. Im übrigen hängt die Höhe des Kohlenabzuges davon ab, welche Fortschritte die Konjunkturbelebung auf dem inneren Markt und in der Weltwirtschaft machen wird.

Der Fluch der bösen Tat

Die im Stahlwerk Beder begonnen wurde

Anstatt die überflüssigen Preise, die Zwischenhandelsgewinne und die hohen Gehälter herabzusetzen, will man den Warenabsatz durch Senkung der Arbeiterlöhne. Damit wurde im Stahlwerk Beder in Wiltich begonnen. Der christliche Metallarbeiterverband leistete dabei Helfersdienste. Der Fluch dieser Tat muß, wie vorausgesehen, fortwährend Böses für die Arbeiter gebären. Nach dem Stahlwerk Beder kam die Mansfeld AG, der die Schwerindustrie des Ruhrgebiets folgten. Die Verbindlicherklärung des Schiedspruches von Dohnhausen durch den christlichen Arbeitsminister Stegerwald hat der Lohnkuecherer, die in Wiltich begonnen wurde, nun staatlichen Antriebs gegeben. Es wirken demnach Ausbeuter und Reichsregierung traut zusammen, um den Arbeitern die Taschen zu leeren.

Die münsterländischen Metallindustriellen sind nun auch in die Front der Lohnkuecherer eingeschwenkt. Da aber im Münsterlande an den Arbeitslöhnen nicht viel abzuhauen ist, geht man daran, die Tariflöhne gleich um 10 v. H. zu senken. Den ersten Versuchsballon läßt die Rheinische Maschinenfabrik Windhoff AG starten. Den Angestellten hat man den Gehaltsabbau von 10 v. H. bereits aufgebunden. Nun sollen die Arbeiter folgen. Dadurch soll eine monatliche Ersparnis von 1500 M erzielt und die Rentabilität des Betriebes hergestellt werden. Dieser Firma sind, so läßt sie wenigstens erzählen, lechlich mehrere größere Aufträge entgangen und einer Firma in Mannheim ausgefallen. Um dergleichen zu verhüten, müßten die Tariflöhne um 10 v. H. gesenkt werden. Dabei beträgt der Spitzenlohn eines Facharbeiters in Rheine 77, in Mannheim aber 90 J.

Wenn die Rheinische Maschinenfabrik wirklich weitherbunfähig sein sollte, ein Wunder wäre das nicht. Man beachte nur, mit welchem Rattenjähren von Saugköpfen der kleine Betrieb befaßt ist. Es sind dort untergebracht:

Ein Generaldirektor, zwei Direktoren, 52 Angestellte (darunter 5 Profuristen), 56 Arbeiter und etwa 70 Lehrlinge. Der Abbau von ein oder zwei Direktoren aber einiger gut bezahlter Angestellter würde die Unkosten viel mehr senken als ein 10prozentiger Abbau der Löhne.

Weitere Beispiele, zwar nicht so kraß, können aufgeführt werden. In einem andern Betrieb sind beschäftigt: 2 Direktoren, 42 Angestellte, 104 Arbeiter und 63 Lehrlinge.

Und die angeblich so hohen Löhne? Sie erreichen bei der Masse der Beilohnarbeiter nicht einmal den Daseinsmindestsatz. Die Arbeitskräfte sind so gedrückt, daß nur in einzelnen Betrieben ein Mehrerdienst zu erzielen ist. Eine beliebige herausgegriffene Monatsabrechnung eines beschriebenen angelernten Arbeiters in einem seit Jahren immer gut beschäftigten Betriebe sieht folgendermaßen aus:

190 1/2 Arbeitsstunden je 0,80 M =	135,00 M	Abzüge:
Zeitlohnzuschlag	10,84	Steuern
Frauenzuschlag	2,94	Frankensteine
Rinderzulage	2,94	Erw. Verh. d. 2,00
Gesamtverdienst	162,10 M	Inv. Verh. d. 4,00
Abzüge	14,75	14,75
Ausbezahl	137,35 M	

Eine Senkung des Tariflohnes um 10 v. H. ist für die Metallarbeiter des Münsterlandes völlig untragbar. Wird sich unter diesen Umständen eine Schlichtungsstelle finden und den Unternehmern bei ihren Plänen Hilfe leisten? Der Reichsarbeitsminister Siegelwisch hat der Arbeiterchaft durch die Verbindlicherklärung des Schiedspruches von Nordwest einen schlechten Dienst erwiesen. Die Arbeiter des katholischen Münsterlandes werden seiner gebührend gedenken.

Das Versagen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge

Trotz der verzweifelten Lage des Arbeitsmarktes und obwohl die milden Wintermonate in diesem Jahre für die Ausdehnung von Notstandsarbeiten sehr günstig gewesen wären, wurden diese, statt in großem Umfang ausgebaut zu werden, gegenüber dem Vorjahr noch zu rückgängig, so daß sie für die Entlastung des Arbeitsmarktes keine Bedeutung hatten, trotz Steigerung der Beschäftigten seit März. Wurden im März 1929 noch mehr als 70 000, im April 1929 67 000 Notstandsarbeiter beschäftigt, so betrug ihre Zahl im März des laufenden Jahres weniger als 27 000, Mitte April 32 000. In den Wintermonaten war ihre Zahl beschwörend gering. Ein weiterer Unterschied gegenüber früher ist die geringere Versorgung der Notstandsarbeiter aus öffentlichen Mitteln. Diese werden teils in Arbeiten nur mit der sogenannten „Grundförderung“, teils in Arbeiten mit „verstärkter Förderung“ beschäftigt. Im Etatsjahr 1928/29 erhielten noch etwa zwei Drittel der Notstandsarbeiter außer der Grund- auch noch die verstärkte Förderung. Mitte April des laufenden Jahres befanden sich zwei Drittel der Beschäftigten in Arbeiten, die nur die Grundförderung erhalten.

Die Geringfügigkeit der zu Notstandsarbeiten bereitgestellten Summen ergibt sich daraus, daß zu diesem Zweck für die Grundförderung aus Mitteln der Reichsanstalt und den Reichsmitteln der Arbeitslosenversicherung im letzten Vierteljahr 1929 nur 11,1 Millionen, im ersten Vierteljahr 1930 7,87 Millionen, aus Reichsmitteln der verstärkten Förderung 11,86 oder 7,03 Millionen Reichsmark geleistet wurden. Im Haushaltsjahr 1929 wurden aus Reichsmitteln für produktive Arbeitslosenfürsorge 115,4 Millionen Reichsmark ausgegeben, wozu noch 75 Millionen Reichsmark aus Mitteln der Länder hinzukamen. Diese Summen schließen auch die Zuschüsse für Binszuschüsse und Landarbeiterwohnungsbauein. Wie aus diesen Zahlen hervorgeht, wurde das Tempo der Notstandsarbeiten in dem Maße verlangsamt, wie die Arbeitslosigkeit anstieg.

Der Aufstieg der sozialen Baubetriebe

Die Verhältnisse im Baugewerbe sind nicht günstig. Auch das Jahr 1929 zählte keineswegs zu den guten Baujahren. Unter solchen Verhältnissen haben naturgemäß auch die im Verband sozialer Baubetriebe beteiligten Unternehmungen zu leiden. Desto mehr ist es erfreulich, daß der VSB von einer sehr guten Entwicklung berichtet kann. Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten der dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Unternehmen betrug im Jahre 1929 18 524 gegen 17 961 im Jahre 1928. Die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 29 242 und 26 696. Der Gesamtumsatz stieg von 120,6 auf 137,2 Millionen. Bei der Beurteilung dieser günstigen Entwicklung muß berücksichtigt werden, daß infolge des starken Frostes das Baugewerbe fast vier Monate hindurch an ausreichender Tätigkeit behindert war. Die sozialen Baubetriebe wurden von den Gewerkschaften unterstützt und von ihnen gefördert. Deshalb kann sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung über die günstige Entwicklung der sozialen Baubetriebe freuen. Es wird notwendig sein, sie auch fernherin zu unterstützen.

